

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher StudentIn : ZS : die Zeitung für Uni und ETH**

Band (Jahr): **68 (1990-1991)**

Heft 29

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Zeitung des VSU und des VSETH.

68. Jahrgang
Ausgabe 12000

Erscheint wöchentlich,
während des Semesters.

Telefon 262 23 88

ZÜRCHER STUDENT/IN



Hintergründe zur Abstimmung vom 3. März

Berufungsk(r)ämpfe

Wenn am 3. März – nicht zuletzt dank der Ja-Stimmen Deiner Verwandten und Bekannten – die Änderung des Hochschulgesetzes die letzte politische Hürde schafft, dürfen wir Studierenden uns von einem farbigen, aber oft frustrierenden Brauchtum verabschieden, mit dem wir bis anhin versuchten, bei Berufungen Einfluss zu nehmen. (Illustration: Bauchkrämpfe)

Das Recht der Fakultäten, der politischen Oberbehörde (ED/Regierungsapparat) vorzuschlagen, wen sie als Professor in den Lehrkörper aufnehmen sollen, ist eines der wenigen Rechte, die von der alten Universitätsautonomie übriggeblieben sind. Umso eifersüchtiger bewacht ein Teil des Lehrkörpers dieses Vorschlagsrecht. Die direkt Betroffenen, die Studierenden, haben bisher ein Anhörungsrecht, dessen Ausgestaltung aber ganz vom Goodwill der Professoren abhängt. Zur Illustration seien hier die Berufungen für die Nachfolge von *Albertini* (Zeitgeschichte), *Schulz* (Neues Testament) und *H. H. Schmid* (Altes Testament) nachgezeichnet.

Erste Infos

Am 27. Oktober 1986 teilte der Dekan der theologischen Fakultät den StändevertreterInnen mit, dass der Lehrstuhl *Schulz* und bald vielleicht auch der Lehrstuhl *Schmid* (AT) neu zu besetzen seien. Vier Tage später hat die Fakultätsversammlung ein Anforderungsprofil für die NT-Professur entworfen: 1. Habilitation, 2. C4-Professur, 3. Ergänzung zum bestehenden NT-Lehrstuhl, 4. zwischen 40 und 50 Jahre alt.

Die Studierenden und AssistentInnen am theologischen Seminar bilden Kommissionen, die sich mit den Berufungen befassen.

Am 8. Dezember wird an einer Informationssitzung für StändevertreterInnen die Auswahl von 7 Kandidaten aus ursprünglich rund 40 bekanntgegeben. Das Ausscheiden der einzigen Frau, die bis dahin im Gespräch war, wird damit begründet, dass sie zu alt sei. Anders bei den HistorikerInnen: In einem Brief vom 20. Januar 1986 machen sie den Präsidenten der schon gebildeten Berufungskommission, *Prof. U. Saxer*, darauf aufmerksam, dass die Studierenden ein Anhörungs-

recht haben, und laden ihn zu einem Gespräch ein. Dies scheint nicht stattgefunden zu haben oder wenig erfreulich gewesen zu sein. Mit Telefonaten versuchen die Studierenden der AG Berufungen, etwas über die KandidatInnenliste zu erfahren. Die Informationen gelangen den ganzen Frühling spärlich und auf Schleichpfaden zur AG Berufungen.

Wünsche

Die Studierenden beider Seminare hatten schon Vorstellungen für die Nachfolge: Während die TheologiestudentInnen und mit ihnen auch Teile des Kirchenvolkes gerne eine Frau auf einem Theologielehrstuhl gesehen hätten, wünschten sich die Geschichtsstudierenden den Oberassistenten *Albert Wirz*, von dem sie sich eine kompetente Weiterführung der Dritte-Welt-Geschichte erhofften.

Vorsingen

werden die Gastvorlesungen genannt, in denen sich die in die engere Auswahl gelangten KandidatInnen erstmals ihrem zukünftigen Publikum vorstellen. Im Mai 86 zeigen sich die Kandidaten für die Nachfolge von *Albertini*. Geringes Interesse der Studierenden. Die AG Berufungen schliesst neben *W.* auch *P.* in ihr Herz. Vorsingen gibt's bei den Theologen nicht. Trotzdem wird ohne Mitwirkung der Studierenden eine mögliche Kandidatin in die Helferei eingeladen. Auch die Professoren sind eingeladen, erscheinen aber bis auf einen nicht. Mitte Februar erhalten Studierende und AssistentInnen am theologischen Seminar den 7er-Vorschlag für die Besetzung des AT-Lehrstuhls. Frist: zwei Monate bis zur Beschlussfassung. Ein Vorsingen kann in dieser kurzen Zeit nicht arrangiert werden. Beim AT liegt nun die Altersgren-

ze etwas höher – warum weiss niemand.

Schweigend informieren

Am 16. März 1987 treffen sich die AT- und NT-Berufungskommissionen und diskutieren über das bisherige Verfahren. Die nach oben verschobene Altersgrenze im AT (die einzige NT-Kandidatin scheiterte ja am Alter), die unangemessenen Reaktionen der Professoren auf den unangebetenen Gastvortrag in der Helferei und die Rechtslage in Sachen Gastvorträge, die per Verfahrensregel 2 des Senates zum §145) für die Phil. Fakultäten I und II vorgeschrieben sind, für die theologische Fakultät jedoch nur «empfohlen» sein sollen, stossen den Studierenden sauer auf. Und dann

noch die der nieman fällt. Auch eines ihrer vor der Bek schlagtes A daten Kont den Historik Berufenen eine Stell Berufungsk müsste, doch ten ist nicht Die Studiere wissen nichts, die AssistentInnen wissen nichts, die Profs sagen nichts.

Knüppel aus dem Sack

Plötzlich geht's dann schnell. Am Abend des 2. Juli lässt der bisher verstockte *U. Saxer* über
Fortsetzung Seite 2

Die Vorlage

Die vorgeschlagene Änderung des Unterrichtsgesetzes vom 23. Dezember 1859 (Stand 1984) betrifft den Paragraphen 145 Absatz 5. Im geltenden Gesetz lautet er wie folgt:

§ 145 Abs. 5. Bei der Beratung und Beschlussfassung über Prüfungsleistungen wirken nur Personen mit, welche die betreffende Prüfung abgelegt haben; bei der Beratung und Beschlussfassung über Habilitationen, Beförderungen, Berufungen und Ehrenpromotionen wirken nur die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren sowie die Assistenzprofessoren mit. Vor den Beratungen über Beförderungen und Berufungen sind die Delegierten ohne Anspruch auf Akteneinsicht anzuhören.

Neu soll der Text wie folgt lauten:

§ 145 Abs. 5. Die Fakultätsversammlung berät über Berufungen und Beförderungen und stellt Antrag an die Oberbehörden. Bei der Beratung und Beschlussfassung über Prüfungsleistungen wirken nur Personen mit, welche die betreffende Prüfung abgelegt haben. Bei der Beratung über Habilitationen und bei der Beratung und Beschlussfassung über Ehrenpromotionen wirken nur die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren sowie die Assistenzprofessoren mit.

Die Fakultätsversammlung setzt sich gemäss Paragraph 145 Absatz 1 des Unterrichtsgesetzes wie folgt zusammen:

§ 145 Abs. 1. Die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren sowie die Assistenzprofessoren jeder Fakultät und, je nach Grösse der Fakultät, zwei oder drei Delegierte der Privatdozenten, der Assistenten und der Studierenden bilden die Fakultätsversammlung.

Die Änderung des Unterrichtsgesetzes sieht also vor, dass die Delegierten der PrivatdozentInnen, der AssistentInnen sowie der Studierenden in der Fakultätsversammlung bei der Beratung und Antragstellung betreffend Berufungen und Beförderungen mitbestimmen können. Zur sinnvollen Wahrnehmung dieses Mitwirkungsrechts wird ihnen das Akteneinsichtsrecht nicht mehr verwehrt.

An den Mehrheitsverhältnissen in der Fakultätsversammlung ändert sich nichts. Der Stimmenanteil der ProfessorInnen bewegt sich je nach Fakultät zwischen 67% und 92%.

Fortsetzung von Seite 1
 seine Sekretärin den StudentInnen mitteilen, er müsse die Stellungnahme der Studierenden am nächsten Morgen früh haben. An der theologischen Fakultät wird bei der Berufung fürs NT ein Kandidat auf die erste Stelle gesetzt, von dem bisher nicht gesprochen wurde und der über der festgelegten Altersgrenze lag; im AT wurde just am selben Tag, als die beiden Studierendenvertreter von ihrem auf Fakultätskosten abgehaltenen «Reisli» zu zwei Kandidaten (Ersatz für das fehlende Vorsingen) zurückkehrten, «für uns alle überraschend» – so der damalige Dekan – die definitive Liste festgelegt. Worauf die Berufungskommission der unteren Stände zu einer inoffiziellen Informationsveranstaltung für alle Studierenden und AssistentInnen einlud. Eine darauffolgende Vollversammlung beschloss dann, die Bildung einer Kommission zur Neuordnung des Berufungsverfahrens unter Beteiligung aller Stände anzuregen. Die Vorschläge (gemischte vorbereitende Berufungskommission; Zeitplan, der genügend Zeit lässt; vermeiden, dass KandidatInnen eingebracht werden, ohne das Prozedere durchlaufen zu haben) gingen dann der Fakultätsversammlung zu weit. Die Histo-

Studis gehen, ohne zu wissen wen die Berufungskommission der Fakultät vorschlagen wird, in die Semesterferien 86. Im September soll die Wahl in der Fakultätsversammlung stattfinden, doch die Delegierten der Studierenden und AssistentInnen sind von Beratung und Abstimmung ausgeschlossen (vgl. Kasten). Am 14. November, so ist später zu erfahren, ist der Entscheid gefallen. Gerüchteweise ist zu hören, dass F., der aufgrund seiner Publikationen und seines Gastvortrages weder von Studierenden noch von den AssistentInnen in Betracht gezogen wurde, («F. erscheint uns als fleissig sammelnder Historiker, dem grosse eigene Forschungslinien fehlen») vorne liegt. P. und W. scheinen wenig Chancen zu haben.

Brief, Petition, Demo und Presse

Die Vollversammlung der Theologen beschloss weiter, dem von der Fakultät schon angeschriebenen Kandidaten B. einen Brief zu schicken, um ihn auf die Situation an der theologischen Fakultät aufmerksam zu machen. Eine Kopie ging an Dr. A. Gilgen, Erziehungsdirektor, Vorsitzender der Hochschulkommission und des Erziehungsrates. Die Histos sahen in der Beratung in

der Hochschulkommission eine letzte Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Dort sitzt ein Vertreter der Studierenden, der mitreden darf. Um diesen zu unterstützen, sammeln sie Unterschriften für eine Petition an den Erziehungsdirektor, die sie in einem Demonstrationszug zum Rektor bringen. Die Presse wird eingeschaltet («Tagi» und «Volksrecht», 21. 1. 1987). Im Gegensatz zur Petition der GeschichtsstudentInnen scheint der Brief der TheologInnen an B. Folgen zu zeitigen. B. zieht seine Kandidatur zurück. Die Suche beginnt von neuem...

Sowohl am historischen Seminar wie auch an der theologischen Fakultät wurde einiges Geschirr zerschlagen. Die TheologiestudentInnen beschlossen nach weiteren Turbulenzen, die hier darzustellen der Raum fehlt, von ihrem Anhörungsrecht so lange keinen Gebrauch zu machen, bis sie deutliche Anzeichen sehen, dass sie überhaupt jemand anhören will. Ueli Stauffacher fasste es in einem Leserbrief im «Tagi» vom 27.6.90 so zusammen:

«Wir Studierenden erfahren von der Bildung einer Berufungskommission, werden eventuell über in Frage kommende Kandidaten informiert und an eventuell stattfindende Probevorträge eingeladen. Unsere Stellungnahmen

werden meist minimal an die Oberbehörden weitergegeben, eventuell berücksichtigt. Erst in der Hochschulkommission werden wir genauer informiert und – wenigstens mit beratender Stimme – in den Entscheidungsprozess einbezogen.»

Giorgio Girardet
 AG Mitbestimmung

Stellungnahme der Projektgruppe Mitbestimmung des SFU

Die Projektgruppe hält in ihrer Stellungnahme fest, dass das vom VSU mit beträchtlichem Aufwand Erreichte in keinem Verhältnis stehe zu den weitergehenden verbalen Forderungen, die im Vorfeld zu hören gewesen seien. Die Projektgruppe möchte zu bedenken geben, dass die Mitsprache und Mitbestimmung unter den Studierenden selber verbessert werden müsste und stellt die Frage, «ob ein Student wirklich kompetent ist, die fachlichen, didaktischen und menschlichen Qualitäten eines zukünftigen Professors beurteilen zu können.»

Das SFU gibt keine Parole zur Abstimmung.

PRIMO LOCO - das definitive Mitbestimmungsspiel

Dieser Tage erscheint an der Uni Zürich ein Spiel, welches eigens für die kantonale Abstimmung vom 3. März zur Änderung des Unterrichtsgesetzes entwickelt worden ist. Die HerausgeberInnen möchten mit der Lancierung des Spiels auf die am kommenden Wochenende zur Abstimmung gelangende Vorlage, die StudentInnen, AssistentInnen und PrivatdozentInnen bei der Neubesetzung von Lehrstühlen Mitbestimmung ermöglichen soll, aufmerksam machen.

Zwei Mitglieder der AG-Mitbestimmung haben zwecks Bekanntmachung Unterstützung der Vorländer Änderung des Unterrichtsgesetzes ein eigenes Spiel herausgegeben. Dessen Name - PRIMO LOCO - stammt von der Bezeichnung für den ersten Platz im Mehrfachvorschlag der Berufungskommission, die mit der Neubesetzung eines Lehrstuhles beauftragt ist.



kommen. Es finden sich so illustre Namen wie Helmut G. Labber, P.D. Oesel, Thomas N. Erventöter, Peter L. Eng-Weiler, Erna M. Annsbild und Aldo Nivo. Alle SpielerInnen müssen versuchen, ihre verdeckt notierten FavoritInnen gemäss der gewählten Reihenfolge ins Ziel zu würfeln.

Handgefertigtes Spiel

Die HerstellerInnen legen Wert auf die Feststellung, dass ihr Spiel handgefertigt und nur in einer beschränkten Auflage von 300 Stück erhältlich sei. Effektiv macht die Aufmachung von PRIMO LOCO einen erstaunlich professionellen Eindruck. Der Deckel des attraktiv gestalteten Gesellschaftsspiels zeigt ein Bild des



Lichthofes aus der Unipiezeit. Das grosse aufklappbare Spielfeld bildet die Aussenansicht der Universität ab. Farbige Spielsteine aus Buchen-

Worum geht's im Spiel?

PRIMO LOCO lässt die 2 bis 7 MitspielerInnen in die Rolle eines Mitgliedes einer fiktiven Berufungskommission schlüpfen. Von den sich Bewerbenden haben 6 ProfessorInnen die erste Hürde genommen und sind in die engere Auswahl ge-



Perfiderweise darf immer eine Figur zurückgestellt werden. Zudem decken sich die Interessen der MitspielerInnen selten genug. Neben Würfelglück ist daher Taktik gefragt!

holz, die mit den Porträts der KandidatInnen versehen sind, müssen aufvergeben in den befördert werden.



Testlässlich des Unifests vom 10. Februar bestätigten, dass PRIMO LOCO bezüglich Spannung und Spielqualität selbst den besten auf dem Markt erhältlichen Spielen mindestens ebenbürtig ist.

PRIMO LOCO kostet Fr. 20.- Der Gewinn aus dem Verkauf des Spiels kommt vollumfänglich der AG Mitbestimmung bzw. deren Abstimmungskampagne zugute.

AG Mitbestimmung

Bestelltalon

Bitte schickt mir ein PRIMO LOCO. Die Fr. 20.- liegen diesem Talon bei.

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

einzusenden an:
 VSU, Postfach 2169, 8028 Zürich

Umfrage bei Zürcher HabilitandInnen

«Dubiose Qualifikationsverfahren»

Am Anfang der ganzen Geschichte steht der Einzelfall *Ursula Niggli*, den wir in der ersten Nummer des Sommersemesters 1990 unter dem Titel «Ecrasez l'infâme» veröffentlicht haben. Inzwischen ist aus diesem Einzelfall ein Politikum geworden. Eine Umfrage unter ehemaligen Zürcher HabilitandInnen brachte zum Teil erschreckende Missstände zutage. Unter dem Titel «Dubiose Qualifikationsverfahren» hat *Ursula Niggli* die Resultate dieser Umfrage ausgewertet und dokumentiert.

Als *Ursula Niggli* in ihrem 4jährigen Habilitationsverfahren im universitären «Habil-Sumpf» zu stochern begann, sind schon bald etliche merkwürdige Dinge ans Licht gekommen, die sie in ihrem ersten Buch «Habilitationsverfahren als Zermürbungstaktik» beschreibt. Mittlerweile hat sich die «Universitätspolitische Arbeitsgruppe» (UPAG) gebildet, an deren politischer Spitze Kantonsrätin *Diana Hornung* nach dem Leitspruch «Wider die Willkür an der Universität» für diese Sache einsteht. Mit anderen Worten: Der «Sumpf» wurde und wird nun sorgfältig umgegraben, und wie die Umfrage zeigt, ist einiges zutage befördert worden. Sie richtete sich an ehemalige Zürcher HabilitandInnen zwischen 1979 und 1990. Die UPAG setzt sich politisch dafür ein, dass Habilitationsverfahren transparente und behördlich kontrollierte Qualifikationsverfahren werden (siehe Pressecommuniqué auf dieser Seite).

Keine Spur von Frauenförderung

Die geschlechtsspezifische Auswertung zeigt, dass sich Frauen und Männer auf dem Weg zur Einreichung ihrer Habilitationschrift nicht signifikant unterscheiden. Es fällt jedoch auf, dass Frauen die ausgedehntesten Verfahren von fast 4 Jahren durchzustehen hatten, während die längsten Verfahren bei Männern «nur» 2,5 Jahre dauerten. Auch bei der finanziellen Förderung fällt auf den ersten Blick nichts auf, da Frauen wie Männer durchschnittlich 3 Jahre lang unterstützt wurden. Ein markanter Unterschied wird bei den Phil Iern sichtbar. Hier erhielten von 7 Männern alle mit einer einzigen Ausnahme ein Stipendium, während von den 8 Frauen nur gerade zwei finanziell unterstützt wurden. Zumindest von dieser Seite her betrachtet, ist an der Philosophischen Fakultät I die oft genannte «Frauenförderung» bloss eine leere Phrase.

Katastrophale Betreuungsverhältnisse

Schon laut Pressekonferenz der Schweizerischen Hochschulkonferenz vom 9.10.90 verdienen die Betreuungsverhältnisse der Studierenden an der Philosophischen Fakultät I das Prädikat «schlecht» und zum Teil sogar «katastrophal». Prozentual zu den Studierenden fallen z. B. auf 9 PrivatdozentInnen (PD) an der Medizinischen Fakultät lediglich 1 PD bei der Philosophischen Fakultät I, und es fällt auf, dass die Phil. Fak. I auch durch das ganze Buch hindurch negative Schlagzeilen macht. Obwohl an dieser Fakultät die PrivatdozentInnen dermassen stark untervertreten sind, wurden hier mehrere spektakuläre Abweisungsfälle bekannt. Dies lässt vermuten, dass die Ordinarien und Extraordinarien an der Philosophischen Fakultät I ihren etablierten Status besonders eifersüchtig hüten und neue kritische PrivatdozentInnen als wissenschaftliche Konkurrenz nicht erwünscht sind. Zwar wurden relativ viele KandidatInnen finanziell gefördert, doch kaum ein zuständiger Fachvertreter setzte sich über deren Arbeit ins Bild. Zwei Drittel blieben so, bei der Entscheidung ein Habilitationsgesuch einzureichen, auf sich selbst gestellt.

Kein Anspruch auf sachliche Kritik?

Um die Transparenz während den Habilitationsverfahren ist es auch ganz schlecht bestellt. Transparenz wurde bei der Umfrage an der Bereitschaft der Pro-

Dubiose Qualifikationsverfahren

Eine Umfrage bei Zürcher Habilitand(inn)en, von *Ursula Niggli*, Zürich 1990, ISBN 3-907137-02-7. Das Buch ist vorrätig bei: Rohr, Klio, Dangel, Zentralsstelle Seilergraben
Preis: Fr. 27.–

fessoren, den KandidatInnen Einsicht in ihre Gutachten zu gewähren und ihnen gesprächsweise ihre Beurteilungskriterien zu erläutern, gemessen. Sowohl erfolgreiche, wie nichtempfohlene KandidatInnen erfahren selten etwas über den Inhalt der Habilitationsgutachten. Im Nichtempfehlungsfall werden Gutachten oft erst dann gezeigt, wenn sich die betroffenen KandidatInnen weigern, ihr Habilitationsgesuch zurückzuziehen.

Anders als an den übrigen Fakultäten ist an der Phil. Fak. I im Fall der Stellungnahme zuhanden der Erziehungsbehörden und im Rekursfall keine Einsicht in die Einzelgutachten der Kommissionsmitglieder möglich. KandidatInnen erhalten lediglich eine vom Dekan gezeichnete Gesamtstellungnahme der Fakultät. Es macht stutzig, dass die jeweiligen Kommissionsmitglieder ihre Gutachten nicht preisgeben wollen. Es wäre doch in jedem Fall angebracht, den KandidatInnen eine fundierte und konstruktive Kritik ihrer Arbeit vorzulegen; oder handelt es sich am Ende um Gutachten, die sich gar nicht an wissenschaftlichen Kriterien orientieren? *agi*

UPAG-Presse-Communiqué vom 4. 2. 1991

Wider die Willkür an der Universität

Ausgewählte Fälle von Unrecht an der Universität und seine Ursachen waren Anlass einer Interpellation (193/1990) im Zürcher Kantonsrat. Am 28.1.1991 wurden im Hotel Storch Parlatarier und Medien über die Anliegen und Ergebnisse der hinter zwei parlamentarischen Vorstössen stehenden universitätspolitischen Arbeitsgruppe orientiert.

Berichte von Betroffenen weisen auf, dass im Alltag unserer Universität auf allen Qualifikationsstufen (von der Zwischenprüfung bis zur Habilitation) Fälle von ungerechter Behandlung vorkommen. Als Ursachen dieses universitären Unrechts wurden angeführt:

- Undurchsichtigkeit der Beurteilung und Begutachtung
- Verstösse gegen die Gewaltentrennung bei der Universitätsleitung und den Behörden

- Fehlen unabhängiger Beschwerdeinstanzen und einer zureichenden Rechtsmittelbelehrung für die Betroffenen.

Wieso fehlt es an einer soliden Regelung bei Habilitationen?

In dem soeben erschienenen und im Buchhandel erhältlichen Buch von *Ursula Niggli* *Dubiose Qualifikationsverfahren* wird die Philosophische Fakultät I in

ein besonders schlechtes Licht gerückt, was die Betreuung der Nachwuchswissenschaftler, die Nichterfolgsquote bei den Habilitationen (zwei Drittel aller Frauen wurden abgewiesen!), die Rekurse und die Liste konkreter Missstände betrifft. Transparenz und Fairness können Habilitanden erst dann erwarten, wenn folgende Forderungen erfüllt sind:

- Es braucht einen jedem Interessierten zugänglichen Wegweiser über alle Modalitäten dieses komplizierten Verfahrens mit zureichender Rechtsmittelbelehrung.
- Die maximale Verfahrensdauer einer Habilitation inklusive Rekurs darf anderthalb Jahre nicht überschreiten.
- Jeder Habilitierende erhält spätestens bei der Einreichung seines Gesuches eine der Fakultät angehörende Bezugsperson, die ihn während des Verfahrens zuverlässig informiert.
- Normales Element eines standardisierten Verfahrens soll der Beizug eines externen Gutachters werden, dessen Name und

schriftliches Gutachten dem Kandidaten zugänglich gemacht werden.

- Im Fall einer Stellungnahme zuhanden der Erziehungsbehörden und im Rekursfall ist volle Akteneinsicht zu gewähren, mithin sind auch an der Phil. I Fakultät die Einzelgutachten auszuhändigen.

- Auch erfolgreiche Kandidaten erfahren die Abstimmungsergebnisse in der Fakultät und erhalten ihr Habilitationsgutachten.

Solange die Habilitationen bleiben wie sie sind, dienen sie nicht der Elite-, sondern der Kastenbildung. Die Berichte der Betroffenen zeigen, dass schon auf den unteren Qualifikationsstufen in erster Linie Konformität verlangt wird. Wenig gefragt sind an unserer Alma Mater persönlicher Einsatz und Phantasie. Gehen deshalb so wenig Impulse von unserer Hochschule aus?

UPAG
Universitätspolitische
Arbeitsgruppe
Dr. Ursula Niggli und
Kantonsrätin Diana Hornung

Ziviler Ungehorsam – Testfall für die Demokratie

Das Auftreten von ausserparlamentarischen Oppositionsbewegungen, BürgerInneninitiativen und regionalen Gruppen, die auch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams greifen, um ihre Mitmenschen auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und auf dessen Dringlichkeit hinzuweisen, zuweilen mit grossem Erfolg, wie die in Rekordzeit zustanden gebrachte Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug» beweist, ist unübersehbar. Illegalitätsprotz, antidemokratischer Elitarismus für die einen, legitimer Bestandteil jeder reifen politischen Kultur in einer demokratischen Gesellschaft für die anderen – der zivile Ungehorsam als offen illegale Form des Widerstandes gegen den Rechtsstaat stellt die demokratische Frage neu.

In Neuchlen-Anschwilen haben Hunderte von Menschen während Monaten den Bau des 41. Waffenplatzes durch Sitzblockaden und ihre Präsenz auf dem Baugelände, unterstützt durch kulturelle Aktionen wie Sommeruni, Konzerte, Gottesdienste etc. erfolgreich verhindert. Am 1. Februar 91 standen zwölf an den Aktionen Beteiligte im Amtshaus Gossau, wegen Nötigung und Hausfriedensbruch angeklagt, vor Gericht. Die Strafen fielen milde aus, was zeigt, dass die angeklagten Frauen und Männer die Legitimität ihres Handelns plausibel darlegen konnten. Unter Applaus bezeugten sie, dass der Widerstand bei allfälligen Bauarbeiten im März weitergehen werde.

Der «Aufruf zur Tat», der von der GSoA lancierte Aufruf zur Massenmilitärverweigerung, wurde mit über 1300 Unterschriften in der WoZ (Nr. 3/90) veröffentlicht; Frauen und Männer verweigern die von ihnen geforderten «Gesamtverteidigungsdienste» trotz drohender Strafe.

Immer wieder in die Schlagzeilen kommen Menschen, welche letztinstanzlich abgewiesene AsylbewerberInnen bei sich aufnehmen und verstecken und diese somit vor der Ausschaffung bewahren. Die AAA (Aktion abgewiesener AsylbewerberInnen) gibt an, innert kürzester Zeit 7000 Unterkunftsplätze für abgewiesene AsylbewerberInnen bereitstellen zu können (Sonntagszeitung vom 10.2.91).

Nicht jede Form des Widerstandes gegen legale Regelungen kann man als zivilen Ungehorsam bezeichnen. Widerstand zu leisten an und für sich sagt nichts über die Legitimität des Vorha-

«Die Menschheitsgeschichte begann mit einem Akt des Ungehorsams, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie mit einem Akt des Gehorsams ihr Ende finden wird.» (Erich Fromm)

bens aus. Auch die Walliser Behörden, Immobilienbarone und Tourismuskönige leisten Widerstand gegen den Rechtsstaat, indem sie die konsequente Anwendung von schweizerischen Rechtsnormen durch allerhand Kunstgriffe hintertrieben haben. Der demokratische Ungehorsam muss deshalb gewissen Kriterien genügen und von seinem Inhalt her legitimiert werden.

Die Merkmale des demokratischen Ungehorsams

Folgende legitimierende Bedingungen zeichnen Aktionen zivilen Ungehorsams aus:

– Die Handlung ist **illegal** und wird **ohne Verheimlichung** vollzogen. Der zivile Ungehorsam ist eine bewusste Regelverletzung, eine **punktueller** Verweigerung des Rechtsgehorsams.

– Im Unterschied zum normalen Rechtsbruch hat die Regelverletzung im zivilen Ungehorsam eine **symbolische Bedeutung**; ziviler Ungehorsam hat die **Struktur einer Interaktion**, er ist ein Appell an die regierende Minderheit und die schweigende Mehrheit.

– Der Widerstand ist **gewaltfrei**. Die Betroffenheit und Wut der Beteiligten soll in mutige, konstruktive und gemeinsame Widerstandsaktionen einfließen.

– Die Akteure des zivilen Ungehorsams berufen sich auf **allgemein anerkannte, übergeordnete Werte und Prinzipien**, wie die Legitimationsgrundlagen unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung, die Grundrechte, die Menschenrechte.

– Die Gehorsamsverweigerung muss **öffentlich begründet** und plausibel gemacht werden.

– Alle **legalen Mittel** müssen **ausgeschöpft** sein. Auch während den Aktionen soll die Diskussion mit den zuständigen Behörden gesucht werden.

– Die ungehorsamen BürgerInnen nehmen die **Bestrafung** auf sich.

Es wäre allerdings zu vereinfachen, diese Merkmale dogmatisch zu absoluten Bedingungen der Legitimität von Aktionen zivilen Ungehorsams zu machen. Die **Form des Protests** muss in jedem konkreten Fall, wo sich BürgerInnen gegen eine legale

Regelung zur Wehr setzen, neu überdacht werden.

Da ist z.B. die Frage der Gewaltanwendung: Man ist sich wohl einig, dass Gewalt gegen Menschen in Aktionen zivilen Ungehorsams nicht vertretbar ist, aber wie steht es mit der Gewalt gegen Sachen? Die Pflugscharenbewegung in den USA scheute sich nicht, in Anlagen der nuklearen Rüstung einzudringen und atomare Sprengköpfe unbrauchbar zu machen. Sie wollte damit auf die Gewalt, die von Grosstechnologien ausgeht, aufmerksam machen, und diese Gewalt richtet sich nicht nur gegen Sachen, sondern gegen Menschen. Illegitim?

Oder da ist die Sache mit der Bestrafung. Gibt es für die ungehorsamen BürgerInnen, welche eine kriminelle Handlung des Staates zu verhindern suchen, eine moralische Verpflichtung, sich **freiwillig** einer Bestrafung für ihr Tun zu unterziehen, im Sinne eines «**Aufrichtigkeitstestes**» für ihre lauterer Motive?

Wichtig erscheint mir, dass die Wahl der Aktionen vom **Ziel** des zivilen Ungehorsams geleitet wird; nämlich eine **breite** Bevölkerungsschicht auf eine verhängnisvolle politische Entscheidung oder Unterlassung aufmerksam zu machen, an die Einsichtsfähigkeit und den Gerechtigkeitsinn der Mehrheit zu appellieren und von der Dringlichkeit des aktiven Widerstandes zu überzeugen. Der zivile Ungehorsam ist auf eine Antwort ausgelegt und muss deshalb auch für eine breitere Bevölkerungsschicht nachvollziehbar und plausibel begründet sein.

Geradezu gegensätzlich sind die Meinungen, wenn es nicht darum geht, den zivilen Ungehorsam seiner Form nach zu definieren, sondern wenn seine **Legitimation in einer demokratischen Gesellschaft** diskutiert wird. Von den GegnerInnen des zivilen Ungehorsams hört man/frau zuweilen apokalyptisch anmutende Prophezeiungen des Unterganges des Rechtsstaates und der Demokratie, während sich die BefürworterInnen auf eine gelebte Demokratie und auf die Fortschreibung und Erweiterung der Rechtsordnung zugunsten von Mensch und Schöpfung berufen. Offensichtlich geht es in der aktuellen Diskussion nicht nur um ein paar rechtsbrechende,

sonnenblumenpflanzende BürgerInnen, sondern um viel Grundsätzlicheres.

Der zivile Ungehorsam stellt die demokratische Frage neu

«Die Absicht, legale politische Arbeit durch gesetzlose Radikalität zu ersetzen, zeigt das abwegige Verständnis der GSoA-Vertreter», hiess es in einem ersten Kommentar zum «Aufruf zur Tat» in der NZZ (20.3.90). In der Zürichsee-Zeitung konnte man zur Opposition in Neuchlen-Anschwilen gar lesen: «Wenn in unserem Land Entscheidungen der zuständigen Behörden und Gerichte, ja sogar Volksentscheide nicht mehr akzeptiert werden, so ist der demokratische Rechtsstaat in Gefahr.» (7.5.90)

Das Argument lautet: Man/frau muss, wenn man/frau in einer Demokratie lebt, den Gesetzen gehorchen und sich an die vorgegebenen institutionalisierten Verfahren der Mitbestimmung halten, denn es gibt im demokratischen Rechtsstaat keine höhere Legitimität als die Legalität. Demokratie wird dabei gleichgesetzt mit Mehrheit und Legalität. Legalität kann man als äussere formale Übereinstimmung des Handelns mit der konkreten gesetzlichen Ordnung verstehen.

Die Praxis des zivilen Ungehorsams zeigt, dass viele BürgerInnen nicht bereit sind, einer Entscheidung des Staates oder einem Mehrheitsentscheid Legitimität zuzuerkennen, auch wenn sie im formal «richtigen» Verfahren entstanden ist. Aktionen des

FÜR DIE,
DIE
STUDIERN

MIT LEGI

10%

NUR BEI BARZAHLUNG

BERNIE'S

IN ZÜRICH + GLATT
ST. GALLEN, ST. MORITZ

zivilen Ungehorsams hinterfragen die bisherigen Formen unserer kleinstaatlichen Entscheidungsprozesse und zeigen, dass sich die aktive Teilnahme der BürgerInnen nicht einfach institutionell kanalisieren lässt.

Die ungehorsamen Frauen und Männer berufen sich auf die moralischen Prinzipien, auf denen der moderne Verfassungsstaat die Erwartung gründet, aus freien Stücken anerkannt zu werden und denen auch Mehrheitsentscheide und die Legalordnung unterstellt sind. Durch die Verweigerung des Rechtsgehorsams weisen die wissenschaftlich illegal handelnden BürgerInnen auf das **Spannungsverhältnis** zwischen dem positiven Recht, den vorfindlichen demokratischen Verfahren und Institutionen und der Verwirklichung der anspruchsvollen Prinzipien einer demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung, der Grundrechte und der Menschenrechte hin.

Demokratie ist ein **Projekt**, das auf ständige Weiterentwicklung angewiesen ist. Sicherlich kann die Form der semi-direkten Demokratie nicht den Anspruch erheben, die demokratischen Grundsätze abschliessend verwirklicht zu haben. Auch Rechtsordnungen sind keine fixen Gebilde, sondern verändern sich unter dem Druck neuer Problemlagen und Rechtsansichten. Der zivile Ungehorsam weist darauf hin, dass es keine letzten Verbindlichkeiten gibt. Er leistet vor allem auch einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über den Sinn und die **Grenzen der Mehrheitsregel** und zum Umgang mit Abstimmungsentscheiden, die ja nichts über die Richtigkeit einer Entscheidung, sondern nur über dessen Verbindlichkeit aussagen.

cb

Veranstaltungsreihe zum Golfkrieg:

Mittwoch, 27. Februar, 12.15 Uhr, Aula

«Israel und der Krieg – Saddam Hussein: ein neuer Hitler?»

Shraga Elam

Donnerstag, 28. Februar, 12.15 Uhr, Theater am Neumarkt

Der Golfkrieg: Auswirkungen auf die Abrüstungs-, Armeeabschaffungs- und Demokratiebewegung in Europa

Andreas Gross, Gemeinderat und GSoA-Mitbegründer.

Frauen organisieren sich, um den Krieg zu stoppen!

Ein dringliches Treffen, bei dem Massnahmen besprochen wurden, um den Golfkrieg zu stoppen, ging am Montagmorgen, dem 4. Februar 91, mit der Annahme einer Resolution an die UNO und eines Appells an alle Frauen für koordinierte Antikriegsaktionen zu Ende.

75 Frauen aus 26 Ländern, inkl. Irak, die USA, Ägypten, Israel und die besetzten Gebiete, Tunesien, Griechenland und Grossbritannien beschlossen einstimmig, täglich bis zum Ende des Krieges schwarzweisse Armbinden (für Waffenstillstand und Friede) zu tragen.

Dem Entsetzen und Widerstand gegen diesen Krieg soll weltweit auch am Internationalen Tag der Frau (8. März) Ausdruck gegeben werden. Demonstrationen, Mahnwachen und andere politische Aktionen werden der Schwere dieses Verbrechens gegen die Zivilisation Nachdruck verleihen. Die Slogans sind u.a.: «Lieber ein Jahr Verhandlungen als eine Stunde Krieg» und «Stop the Killing».

Es sind Abklärungen im Gange, eine humanitäre Mission mit Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Bagdad zu schicken.

Folgende fünf Delegierte stellten sich anschliessend der Presse: *Margarita Papandreou* (Griechenland), *Nawal el-Saadawi* (Ägypten), *Laurence Deonna* (Schweiz), *Hanan Awad* (Jerusalem) und *Ingela Martensson* (Schweden).

(Für weitere Auskünfte bitte «The Women's International League for Peace and Freedom», 1 rue de Varembe, C.P. 28, 1211 Genève 20, kontaktieren: Tel. 022/ 733 61 75 oder Fax 022/ 740 10 63)

IFL

Veranstaltung «Ziviler Ungehorsam»

Dienstag, 26.2.91, 12.00 bis 14.00 Uhr Universität Hauptgebäude, E 18

Eine Diskussion über die Probleme und Perspektiven des zivilen Ungehorsams in der Schweiz, an den Beispielen der kollektiven Militärverweigerung («Aufruf zur Tat») und der Opposition zum Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilien.

Mit Marc Spescha (Jurist) und Leuten von der ARNA-GONA, die wegen ihrem Widerstand in Neuchlen-Anschwilien am 1.2.91 im Amtshaus Gossau vor Gericht standen. Jederfrau/man ist herzlich eingeladen, mitzudiskutieren, -denken, -hören.

Die Bresche Uni-Gruppe

Redeverbot an der Uni

Der VSU veranstaltet eine Vortragsreihe zum Golfkrieg; damit wollen wir den sensationslüsternten Beiträgen der Medien à la CNN und dem allgemeinen Schweigen an der Uni Zürich etwas entgegensetzen (siehe Kasten). Mit fundierten Hintergrundinformationen soll die Diskussion über Frieden im Nahen Osten in die Uni getragen werden.

Für Donnerstag, den 28. Februar war ein Referat von *Andreas Gross* über die **Auswirkungen des Golfkrieges auf die Abrüstungs-, Armeeabschaffungs- und Demokratiebewegung in Europa** vorgesehen. An der letzten Sitzung des Senatsausschusses wurden alle Referate der Veranstaltungsreihe bewilligt, ausser dasjenige von *Andreas Gross*. Die Begründung: *Gross* habe mit seiner Unterschrift zum «Aufruf zur Tat» (Dienstverwei-

gerungsaufruf) zu einem Straftatbestand aufgefordert; er sei als Referent an der Uni daher unerwünscht. Wir sind der Meinung, dass dieses Redeverbot einer Vorverurteilung gleichkommt, da bisher keine Anklage gegen *Gross* erhoben wurde. Dieser Maulkorb erscheint eigentlich absurd, wurde doch an derselben Sitzung des Senatsausschusses eine Veranstaltung zum Aufruf zur Tat mit Marc Spescha (einem der Initiatoren) bewilligt. Dies lässt uns den Schluss ziehen, dass solche Entscheide mitunter völlig willkürlich gefällt werden. Die ungleiche Behandlung erscheint uns als Hetze gegen *Andreas Gross*.

Dieser unverhältnismässige Entscheid ist nur eine unter vielen Behinderungen seitens der Unileitung, die eine vertiefte Diskussion über den Golfkrieg verunmöglichen sollen. So wurde der Aufruf zu einer Schweigeminute für einen sofortigen Stopp der kriegerischen Handlungen und eine Nahost-Friedenskonferenz trotz anfänglicher Bewilligung von allen Hörsaaltüren entfernt. Die Unileitung warf uns Einseitigkeit vor. Dann wurde die VSU-Stellwand abgeräumt, an der Protestnoten gegen den Krieg und ein Aufruf zu einer Friedensdemo hingen. Unsere Veranstaltungsreihe wurde zuerst in einem winzigen Hörsaal plaziert, da die Aula nur für besondere Anlässe zur Verfügung stehe.

Eine zentrale Lehre aus dem gegenwärtigen Golfkrieg ist ja gerade die, dass der Frieden nur im gegenseitigen Gespräch, nur durch Verhandlungen garantiert werden kann. Die Aufgabe der Universitäten wäre es, gerade dieses Gespräch zu kultivieren. Die Uni Zürich scheint diese Funktion aber nicht wahrnehmen zu wollen. Vielmehr wird die Redefreiheit auf fragwürdige Weise eingeschränkt. Das liberale Zürich lässt grüssen!

Nachtrag: Der VSU wird gegen den Entscheid des Senatsausschusses rekurrieren. Die Veranstaltung mit *Andreas Gross* wird am **Donnerstag, den 28.2. um 12.15 Uhr im Theater am Neumarkt** durchgeführt werden.

VSU-Vorstand

Sonder-DC

Für den unwahrscheinlichen Fall, dass die parlamentarische Behandlung des ETH-Gesetzes vor dem 1. ord. DC SS 91 abgeschlossen werden kann, wird hiermit vorsorglich ein Sonder-DC mit dem einzigen Traktandum ETH-Gesetz für den

22. März 1991, 18.15 Uhr, im StUZ

einberufen. Die Einladung an die DC-Delegierten erfolgt kurzfristig und unmittelbar, nachdem bekannt geworden ist, dass das Gesetz in der Session verabschiedet worden ist. Beschlüsse dieses DC werden mittels eines Grossversandes an alle Studierenden veröffentlicht.

Zürcher Student/in **ZS**

sucht per SS 91

VerträgerIn mit Tretfähigkeit

Lohn: Fr. 80.-
für ca. 3 Std. Arbeit

Bewerbung: Tel. 273 03 34
oder zs, Leonhardstr. 15,
8001 Zürich

Swiss American Students' Exchange und
Educational Futures laden zu einem Vortrag mit
anschliessender Diskussion ein.

Über

Graduate Studies in USA,

the american option in higher education –
the approach, planning and development
of this option

Möglichkeiten, Planung und Durchfüh-
rung eines Studiums an einer amerika-
nischen Hochschule / Universität

Spricht Mr. Alan Haas, New York.

Montag, 25. Februar, 17.30 Uhr

ETH-Zentrum, HG E 32



BILLIGFLÜGE

AB ZÜRICH

NEW YORK AB 860.-
BANGKOK AB 1370.-
CARACAS AB 1590.-
SYDNEY AB 2280.-

und weitere
400 DESTINATIONEN

CONDOR REISEN AG
01 / 710 03 03

KLVIO

10% Rabatt auf Studienliteratur (VWS-Titel)

kompetente Beratung
eigene Neutiteln- und Fachkataloge
schneller Service
beschafft jedes leihbare Buch

Mo bis Fr 8.30 bis 18.30 Uhr, Do bis 21.00 Uhr
Sa 8.30 bis 16.00 Uhr

KLVIO Geschichte Philosophie
Belletristik Politik und Gesellschaft
Krimi Dritte Welt

Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co. Zähringerstrasse 41, PF 699, 8025 Zurich 1
Telefon 01 251 4212

PSYCHOLOGISCHE STUDENTEN- BERATUNGSSTELLE BEIDER HOCHSCHULEN ZÜRICHS

Für Studienschwierigkeiten und persönliche Probleme.

Die Beratungen sind gratis und unterstehen der Schweigepflicht.

Wilfriedstr. 6, 8032 Zürich, Tel. 01/252 10 88

Willkommen in den Cafeterias und Mensen von

Uni Zentrum Künstlergasse 10
Uni Irchel Strickhofareal
Zahnärztl. Institut Plattenstrasse 11
Vet.-med. Fakultät Winterthurerstrasse 260
Botanischer Garten Zollikerstrasse 107
Institutsgebäude Freiestrasse 36
Kantonsschule Rämibühl Freiestrasse 26
Cafeteria Rämistrasse 76
Cafeteria Plattenstrasse 14/20

Frisch, freundlich, preiswert
Wir freuen uns auf Ihren Besuch



HOTELS · CAFETERIAS · PERSONALRESTAURANTS

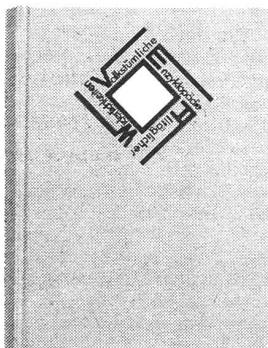


Böse Zungen behaupten, dass mancherorts Denken mit Design verwechselt würde. Böse Zungen behaupten auch, dass die Schweiz keine Design-Szene habe, auf die sie stolz sein könne. Mögen sie recht haben oder nicht, man überzeuge sich selbst. Im *Museum für Gestaltung* liegen, stehen, funkeln, schweben die «Mehrwerte» der letzten zehn Jahre in scheinbar zusammenhangsloser Beliebigkeit auf viel zu kleinem Raum und repräsentieren Geschichte. Eine Vergänglichkeit wird transparent, die den Streifzug durch die 80er zur frapportanten Gedächtnis-Schnellbleiche erstarren lässt. Nicht nur die materielle Fülle, der Überfluss, die Ästhetisierung und Optimierung von *Sein* und *Design* im Lifestyle erschreckt und überrascht, auch der Wandel in Denken und Handeln, in Gesellschaft, Politik, Werbung, Medien, Mode und Architektur macht stutzig. Die Frage nach den Umständen drängt sich auf, die ausschlaggebend und besonders waren, um solch ein Jahrzehnt der Widersprüche prägen zu können, das sich trotz Krawallen und Jugendunruhen in Harmonie, in oberflächliches Nichts aufgelöst zu haben scheint. Postmoderne ist ein Stichwort, das «danach» setzt sich kritisch von jedem «davor» ab, und die Moderne wird zum Sündenbock für alles, was man nicht mag. Doch auch das Neue und Schöne erschöpft sich einmal und Sättigung tritt ein. Dann ist eine Rückschau gefordert, die mehr tut, als nur zuzuschauen, die hinterfragt und kritisch ist und die den «Mehrwert = mehr wert» auch zu werten wagt: Welchen Überschuss haben die 80er hervorgebracht, welches Mehr zeichnet die Produkte aus, haben sie was gebracht. Die Ausstellung «Mehrwerte. Schweiz und Design der 80er» (noch bis 1. April, Katalog 25 Fr.) beschränkt sich auf das Schweizer «Spasjahrzehnt» und dessen Alltagskultur. Die Beiträge sind erstaunlich zahlreich: Swatch, Magma, Botta, Yello sind nur Beispiele unter vielen, die in den 80ern kultur-ästhetische Mehrwerte produziert haben. Die letzten zehn Jahre sind bereits abgedeckt und ausgeleuchtet. Wie werden die kommenden zehn wohl aussehen?

hau

Ein schamlos peinliches Farb- föteli flattert beim Öffnen des Buches zu Boden. Die zwei Nackedeis in glänzender FKK-Laune sollen zwei Seiten weiter eingeklebt werden, begleitet von folgender tiefschürfender Prosa: «wo rundum alles lügt, muss man selbst zu lügen beginnen, eine art von gegenlüge entwickeln, welche letztlich wieder zurück zur wahrheit führt.» «Du wirst dich weigern, dieses Bild einzukleben, so tief bist du noch nicht gesunken», mahnt mich meine innere Stimme und ich blättere weiter in *Christoph Bauers* «Volkstümliche Enzyklopädie alltäglicher Widerlichkeiten» (eco-Verlag, 477 Seiten, 48 Fr.). Aas, Akne, Blasphemie, Eingeweide, Hängebauch, Dekadenz und Nikotin, ... nichts wird ausgespart, aber auch gar nichts. Nicht einmal *Journalismus*: «es gibt keinen verachtenswerteren, keinen schmutzigeren beruf als den der professionellen schmierer, zynische vergezwaltiger von menschenleben, sklaven der aktualitäten, der oberflächlichen banalitäten, elende lohnschreiber gezielter unwahrheiten... deren ekstremente sich in der form von druckerschwärze über die weissen seiten ausbreiten...» So viel Wahrheit und Klarsicht und Sprache schockiert und wirkt erfrischend zugleich, denn, und das sei mit Nachdruck betont, die umfassenden Lexikoneinträge der ach so alltäglichen Widerlichkeiten sind keine Lektüre für Sensible oder gar für Ignoranten, sondern ist gekonnte Spielerei mit dem Negativismus unserer Zeit und vielleicht mit der Tragik des Lebens überhaupt, ist Alltagsbewältigung mit einseitiger Ausrichtung auf das Unliebsame und Peinliche. Ein letzter Auszug zum Stichwort *Peinlichkeit*: «eigentlich sollte man immerzu ein ganz klein wenig peinlich wirken, nie völlig dem entsprechen, was von einem erwartet wird. sobald man sich nirgends zugehörig fühlt, verbreitet man beinahe zwanghaft eine unangenehme verlegenheit... vielleicht existieren viel zu viele kultivierte, sympathische, nette leute, so dass es wieder eine lust ist, unhöflich, schlecht erzogen, geistlos und ohne jeglichen guten geschmack zu sein.»

hau



Vater, Sohn und das Hinterland

Dieter Gränichers Dokumentarfilm «Hinterland» ist eine Vater-Sohn-Geschichte. Über mehrere Monate hinweg filmte er *Werner Elber* (64) und dessen jüngsten Sohn *Michael*, (32). Die Begegnungen zwischen Vater und Sohn wurden von *Gränicher* ganz bewusst inszeniert. Darum bezeichnet er seinen Film als «intervenierenden Dokumentarfilm» und erklärt: «Mit diesem Film habe ich etwas aufgezeichnet, dass ich in Gang gesetzt habe; es ist, als hätte ich eine Lawine ausgelöst und sie dann gefilmt. Ohne den Film hätte diese intensive Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn gar nicht stattgefunden.»

Auslöser für den Film war *Gränichers* eigenes unbefriedigendes Verhältnis zum Vater. Daraus entstand die Idee, die Beziehung eines beruflich erfolgreichen Mannes und einem seiner Söhne zu dokumentieren; wenn möglich sollte der Sohn ein ehemaliges Mitglied der Zürcher Bewegung sein. Niemand glaubte daran, dass er mit seiner Suche nach einem solchen Vater-Sohn-Gespinn Erfolg haben würde. Doch nach einigen Monaten fand er mit *Werner* und *Michael Elber* seine Idealbesetzung.

Der Mut der beiden, sich für den Film zur Verfügung zu stellen, ist bewundernswert – andererseits war es natürlich eine günstige Gelegenheit für eine kostenlose Familientherapie.

Vater *Elber* arbeitete sich vom KV-Stift zum Direktor einer Speditionsfirma hoch – ein typischer Krampfer –, bis er eines Tages mit Lähmungserscheinungen im Spital lag. Nach diesem Schock entschied er sich mit sechzig zur Frührentensionierung.

Sohn *Michael* bildete sich zum Primarlehrer aus und flüchtete anfangs der achtziger Jahre aus dem wohlhabenden Elternhaus in die Jugendbewegung.

Heute haben sich die Lebenswege von Vater und Sohn getroffen, wobei sich beide kreativ betätigen: Der Vater malt als Rentner Bilder und der Sohn arbeitet als freier Theaterschaffender. —

Der Film zeigt deutlich, wie

entfernt sich Vater und Sohn sind, wie wenig der Vater den Sohn zur Kenntnis nimmt, wie er immer versucht, sich aus der Verantwortung seines Versagens in der Beziehung zu seinem Sohn zu stehlen. Kennzeichnend für die väterliche Haltung ist die Aussage: «Du häsch mich nöd welle verschtah.» Der Sohn hingegen ist von der Hoffnung und Illusion gefangen, der Vater könne oder wolle sich verändern.

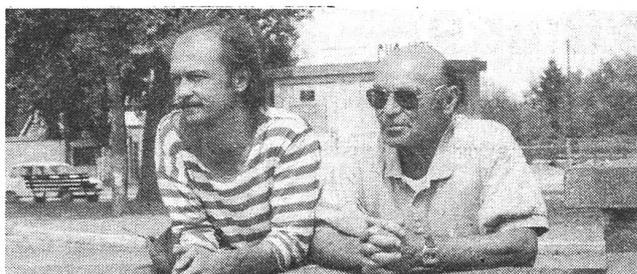
Das Interessante an diesem Dokumentarfilm ist, dass die gezeigte Vater-Sohn-Geschichte allgemeingültige Mechanismen zwischen Vätern und Söhnen aufzeigt. Nach der Aufführung von «Hinterland» am Dokumentarfilmfestival in Nyon, konnten sich junge und alte Männer im Film wiedererkennen. So meinte ein 72-jähriger Zuschauer: «irgendwie bin ich noch immer der Sohn.»

Nicht nur als psychologisches Dokument ist der Film wichtig. «Hinterland» ist auch ein gutes zeitgenössisches Zeugnis, das gerade für jüngere Menschen spannend ist, die in Zürich und Umgebung aufgewachsen sind. Auch wenn ihre eigene Familienkonstellation nicht jener der Familie *Elber* entspricht, stossen sie auf viele Gemeinsamkeiten.

Regisseur *Gränicher* konnte es vermeiden, dass der Film zu einer peinlich-voyeuristischen Angelegenheit wurde. Kameramann *Jürg Hassler* verstand es, immer die richtige Distanz zu wählen. Feingühlig reagierte er auf die Worte der Personen – am besten gelang ihm das in einer Szene, die im Wartesaal eines SBB-Bahnhofs gedreht wurde. Neben dem Gefühl für gute Bildkompositionen macht auch die ruhige und klare Montage von *Pius Morger* und der sorgfältige Ton von *Martin Witz* den Film zu einem Genuss.

«Hinterland» nimmt am Dokumentarfilmfestival «Cinéma du réel» in Paris teil und wird wahrscheinlich auch in Marseille aufgeführt. Bei uns ist er ab dem 9. März im Filmpodium Zürich und im Kino Claudia in Kloten zu sehen.

Jan Vera



regelmässig

alle Tage

StuZ-Foyer
Mo-Fr 9.00-18.00

Kinderhütendienst
Spielchischtä, Plattenstr. 17, Mo-Fr, 10.00-12.00 u. 14.00-18.00

StuZ-Betriebsleitung
Reservationen und Reklamationen werden an der Leonhardstr. 19, 2. Stock, Tel. 256 54 87, entgegengenommen. Öffnungszeiten des StuZ-Büros für Informationen zum StuZ und für die Vermietung von Räumen:
Di + Do 11.30-14.00, Mi 15.00-17.30

KfE-Bibliothek
Jeden Tag über Mittag geöffnet. Sie erteilt auch Informationen über Drittweltprodukte, Polyterrasse, Zi A 173, 12.00-13.00

AKI
Kochgelegenheit für Studis, Hirschengraben 86, von 12.00 bis 14.00

VSU-Büro
Tel. 262 31 40, Di - Fr 12.00-14.00

VSETH-Sekretariat
geöffnet während des Semesters Mo, Di, Do, Fr von 12.00 bis 15.00, während der Semesterferien nur Di und Do von 12.00 bis 15.00

Frauenkommission VSU/ VSETH & AG Frauen Unipatie
Unser Büro ist Anlaufstelle von Studentinnen für Studentinnen: eine ruhige Oase im hektischen Massenbetrieb der Uni und ETH. Informationen, Zeitschriften und Bücher sind hier ebenso zu finden wie Unterstützung und Hilfe gegen die latente Frauenfeindlichkeit an unseren Hochschulen.
StuZ, Leonhardstr. 19, Mo - Fr, 12.15-13.45 Uhr (Tel. 256 54 86)

HAZ
Begegnungszentrum für Lesben und Schwule, Sihlquai 67, 3. Stock, Mo-Sa 19.30-23.00 sowie So 11.00-14.00.
Tel. 01/271 22 50

AusländerInnenkommission (AuKo)
Nach Vereinbarung, VSU-Büro, Tel. 262 31 40, Rämistrasse 66, 2. Stock

montags

Hochschulvereinigung der Christlichen Wissenschaft
Uni HG HS 219, 17.45-18.30

«zart und heftig»
Forum beider Hochschulen, Treff im Rondell, 12.00

Selbsthilfe für Ess-, Ess-Brech- und Magersüchtige OA (Overeaters Anonymous)
Obmannamtsgasse, 18.30

AKI
Offenes Singen im Chor. Weltliche und geistliche Gesänge, Kath. Hochschulgemeinde AKI, Hirschengraben 86, 19.30

UmKo des VSETH
Die Umweltkommission trifft sich am ersten Montag im Monat, 12.15-13.00, im UmKo-Büro (Universitätstr. 19, Parterre).

Drumming for Survival
offenes Trommeln und Tanzen im Dynamo Drahtschmidli

dienstags

AKI
Kleine Gebetsschule für StudentInnen, Hirschengraben 86, 19.30

Infostelle für PsychostudentInnen
Kaffee u. Tips fürs Studium, Rämistr. 66, 12.15-14.00

INFRA (Informationsstelle für Frauen)
Mattengasse 27, 8005 Zürich, Tel. 272 88 44, 14.00-19.00

Rechtsberatung von Frauen für Frauen, Mattengasse 27, 8005 Zürich, Tel. 272 88 44, 16.00-19.00

Lesegruppe Karl Marx
17.00 im StuZ

Frauenbibliothek
Frauenbibliothek Zürich, Mattengasse 27, 8005 Zürich, offen 18.00 bis 22.00

Befreiungstheologie im Alltag, Gesprächskreis für ein sozial engagiertes Christentum, Kath. Hochschulgemeinde AKI, Hirschengraben 86, 18.30

Treffpunkt-Gottesdienst UNI/ETH
19.30 Bibelgruppe für Studierende, Zelthofkirche, Zeltweg 18

Psychologie und Glaube, Gesprächskreis. Leitung: P. Dr. Hans Schaller, Kath. Hochschulgemeinde AKI, Hirschengraben 86, 19.30

HAZ
Schwubibliothek, Sihlquai 67, schwul-lesbische Bücherausleihe, 19.30-21.00
HAZ-Frauen, Lesbengruppe ab 20.00, Sihlquai 67

AIV-Club Loch Ness
Bar-Club-Diskotheke der Bauing. StudentInnen seit 1968, Clausiusstr. 33, ab 20.00

Beratungstelefon für Homosexuelle, 20.00-22.00, Tel. 271 70 11

mittwochs

EHG
Auf der Mauer 6h, Frauengruppe, 12.15
Rebeko VSU/VSETH
Rechtsberatung von Studis für Studis. VSU- und VSETH-Mitglieder gratis! Polyterrasse Zi A 74, 12.00-14.00

AG Umwelt
Sitzung 12.15 BiUZ-Zimmer Irchel.

Esperantistaj Gestudentoj Zürich
Wochentreff der esperanto-sprechenden StudentInnen. Auch für Interessenten. Uni Lichthof (Seite Ausgang), 13.00

Studentengottesdienst
von Campus für Christus, Gemeindezentrum «Bethel», Wilfriedstr. 5, 19.00

AKI
Gottesdienst der kath. Hochschulgemeinde.
Hirschengraben 86, 19.15

«Schwule Jugendgruppe Spot 25»
Coming-Out-Gruppe für Jugendliche mit homosexuellen Gefühlen. Treffen ab 20.00 Uhr im Begegnungszentrum, Sihlquai 67,
Info-Tape (24h) 01/273 11 77

HAZ
Schwubibliothek, Sihlquai 67, schwul-lesbische Bücherausleihe 19.30-21.00

donnerstags

Stipeko VSETH/VSU
Die Stipendienberatung ist eine Dienstleistung des VSU und des VSETH und berät Dich unabhängig von den kantonalen Stellen. Offen während des Semesters, 10.00-13.30, im StuZ, 2. Stock, Leonhardstr. 19, Tel. 256 54 88

Selbsthilfe für Ess-, Ess-Brech- und Magersüchtige OA (Overeaters Anonymous)
Obmannamtsgasse, 12.15

AIV-Club Loch Ness
Bar-Club-Diskotheke der Bauing. StudentInnen seit 1968, Clausiusstr. 33, ab 20.00

Frauenbibliothek
Frauenbibliothek Zürich, Mattengasse 27, 8005 Zürich, offen von 18.00 bis 22.00

AKI
Einfacher Suppen-Zmittag ohne Mensa-Athmosphäre. Kath. Hochschulgemeinde AKI, Hirschengraben 86, 12.00-14.00

Beratungsstelle für lesbische Frauen

Telefonische und persönliche Beratung für lesbische Frauen und deren Bezugspersonen, Frauenzentrum, Mattengasse 27, Tel. 272 73 71, 18.00-20.00

Selbsthilfe für Ess-, Ess-Brech- und Magersüchtige OA (Overeaters Anonymous)
Cramerstrasse, 19.30

AIV-Club Loch Ness
Bar-Club-Diskotheke der Bauing. studentInnen seit 1968, Clausiusstr. 33, ab 20.00

Infostelle für PsychostudentInnen
Kaffee u. Tips fürs Studium, Rämistr. 66, 12.15-14.00

«zart und heftig»
Forum beider Hochschulen, Treff im Rondell, 12.00

freitags

EHG
Morgenmediation, Auf der Mauer 6, 7.00

EHG
BEIZ, Auf der Mauer 6, 12.15

Rote Fabrik
Taifun: Disco und Bar, ab 22.00

HAZ
ZABI - Schwule Disco, StuZ, Leonhardstr. 19, 22.30-03.00

Drumming for Survival
offenes Trommeln und Tanzen im Dynamo Drahtschmidli

sonntags

HAZ
Sonntagsbrunch im Begegnungszentrum, Sihlquai 67, 11.00-14.00

Selbsthilfe für Ess-, Ess-Brech- und Magersüchtige OA (Overeaters Anonymous)
Obmannamtsgasse, 17.30

ausserdem

Nottelefon für vergewaltigte Frauen, Zürich
Tel. 271 46 46
Mo-Fr 10.00-19.00
Fr/Sa-Nacht 24.00-08.00

Nottelefon für vergewaltigte Frauen, Winterthur
Tel. 052 / 23 61 61
Mo, Do 15.00-18.30
Mi 15.00-21.00
AG Umwelt InteressentInnen melden sich auf dem VSU-Büro, Tel. 262 31 40

AG Unipartnerschaft Managua/San Salvador
InteressentInnen melden sich auf dem VSU-Büro, Rämistr. 66, Tel. 262 31 40

diese Woche

Montag, 25. Febr.

Filmpodium

Nick Movie – Lightning over water (BRD/S 1980), 14.30
Im Lauf der Zeit (BRD 1976), 18.30
Die Mörder sind unter uns (DDR 1946), 20.30

Theater an der Winkelwiese
 Jazz an der Winkelwiese mit
 Guerino Mazzola (p), Pit Gutman
 (dr), 20.30

ETH

«Graduate Studies in USA»,
 Möglichkeiten, Planung und
 Durchführung eines Studiums an
 einer amerikanischen Hochschule/
 Universität mit Mr. Alan Haas,
 New York, ETH Zentrum HG E
 32, 17.30

Dienstag, 26. Febr.

Filmpodium

Im Lauf der Zeit (BRD 1976),
 14.30
*Nick Movie – Lightning over
 water* (BRD/S 1980), 17.30
Der amerikanische Freund
 (BRD/F 1977), 20.30

Filmstellen

Woodstock (USA 1969/70),
 ETH Zentrum Audi F1, 19.30

Xenix

Immer & ewig (CH 1989-91)
 19.00 und 21.00

Ziviler Ungehorsam

Eine Veranstaltung zu den Proble-
 men und Perspektiven des zivilen
 Ungehorsams in der Schweiz. Mit
 Marc Spescha und ARNA-GONA
 Leuten.
 E18, 12.00–14.00

Uni

«Erziehung ist nichts als Liebe...
 und was daraus werden kann»
 Ringvorlesung «Liebe und Hass»
 mit B. Krappf.
 HS 101 Uni Zentrum, 18.15

Werkstatt für improvisierte Musik

*Jaques Widmer, Lucas N. Niggli,
 Günter Müller* (alle Schlagwerk),
 Magnusstrasse 5, 20.15

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30

Rote Fabrik

Ziischtigsmusig: «The pride»,
 Ziegel, 21.00

Mittwoch, 27. Febr.

Filmpodium

Der amerikanische Freund
 (BRD/F 1977), 14.30
*Nick Movie – Lightning over
 water* (BRD/S 1980), 17.30
The Lusty Men (USA 1952),
 17.30

Uni

«Die Universität im Jahre 2000,
 Perspektiven und Möglichkeiten»
 Podiumsdiskussion mit Vertre-
 tern aus Hochschule, Politik und
 Wirtschaft, Gesprächsleitung:
 Christoph Wehrli, Inland
 Redaktor NZZ, HS 180, Uni-
 Zentrum, 13.10 bis 15.10

KfE

«Guatemala: StudentInnen
 zwischen Armut und Repres-
 sion»
 mit *Otto Enrique Vasquez
 Peralta*, Generalsekretär des
 A.E.U. Verbandes der Universi-
 tät StudentInnen Guatemalas)
 und *Carmen Odilia Reina
 Aragon* (Verantwortliche des
 Bereiches Uniangelegenheiten
 des A. E. U.) HS 119 Uni
 Zentrum, 18.15

ETH

Erdwissenschaften heute: «In der
 Antarktis auf Meteoritensuche»,
Dr. Rainer Wieler, 19.00 bis
 19.45 Halle E, Sonneggstr. 5,
 Hörsaal C 3

Dynamo

Dynamittwoch «Far Beyond»,
 21.00

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30

Xenix

Immer & ewig (CH 1989-91)
 19.00 und 21.00

Rote Fabrik

«Abschied von der Schweiz»,
 Literarischer Abend, Theatersaal
 Rote Fabrik, 20.30

Donnerstag, 28. Febr.

Filmpodium

Im Lauf der Zeit (BRD 1976),
 14.30
Der amerikanische Freund
 (BRD/F 1977), 17.30
*Nick Movie – Lightning over
 water* (BRD/S 1980), 20.30

UNI

Wissenschaft und Ganzheit:
 «Kritik des Ganzen (Wissen-
 schaft mit Liebe?)», Schlusspo-
 dium, Uni-Zentrum, HS 101,
 18.15-20.00

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30

Schauspielhauskeller

«Zorn» Stück von *Ria Enders*
 nach «Mars» von *Fritz Zorn*,
 20.30

Rote Fabrik

«Calhoun Conquer», Konzert/
 Theatersaal, 21.00

Freitag, 1. März

Filmpodium

keine Angaben

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30

Samstag, 2. März

Filmpodium

keine Angaben

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30

Sonntag, 3. März

Filmpodium

keine Angaben

Theater Westend

«Schmetter» Radar Theater – ein
 unglaublich seriöses Trio, 20.30



DEILEF

Wintersemester 1990/91



WOCHENPROGRAMM

25. Februar - 3. März 1991 / Nr. 18

Laufen

Mittwoch, 27. Februar, 12.30 Uhr, HSA Irchel: **Fundbürolauf** - Sie laufen auf einer Runde (ca. 1 km), ziehen bei jeder Zielpassage ein Los und wählen - je nach Los - vom entsprechenden Tisch, was Sie und/oder Ihre Mitsporttreibenden im Laufe der letzten Monate liegen gelassen haben

SOLA-Staffette

Freitag, 1. März: Anmeldeschluss für die SOLA-Staffette vom 4. Mai 1991

Badminton

Dienstag, 26. Februar, 18.30 Uhr: **Final ZHM Doppel** in der HSA Irchel
 Donnerstag, 28. Februar, 18.30 Uhr: **Final ZHM Einzel** in der HSA Fluntern

Squash

Donnerstag, 28. Februar, 12.00 Uhr: **19. ASVZ-Open** im Airgate Sports Center

Tauchen

Freitag, 1. März: **Anmeldebeginn** Gerätetauchkurse und Lager Sommersemester (Nummerabgabe ab 06.00 Uhr, ASVZ-Schalter Polyterrasse)

Jonglieren

Freitag, 1. März: **Anmeldeschluss** Intensivkurs Mittlere (4. - 8. März)

Workshop Körpersprache

Freitag, 1. März: **Anmeldeschluss** für den Workshop vom 4. bis 8. März

Reiten

Montag, 25. Februar: **Anmeldeschluss** Anfängerkurs (6. März - 24. April) und Dressurkurs (9. März - 27. April) im Reitzentrum Rossmatt, Sihlbrugg

Aufgepasst! Anmeldeschluss während den Semesterferien:

Freitag, 15. März Trainingslager Triathlon in Italien (14. - 20. April)
 Freitag, 22. März Windsurflager in Hyeres, Südfrankreich (13. - 20. April)
 Dienstag, 2. April Tenniskurse HSA Irchel (Auskunftsstelle Irchel)
 Dienstag, 2. April Tenniskurse HSA Hönnggerberg (Auskunftsstelle Hönnggerb.)
 Mittwoch, 3. April Tenniskurse HSA Fluntern (Auskunftsstelle Polyterrasse)

Semesterende:

Freitag, 1. März 1991

Beginn Ferientraining:

Montag, 4. März 1991

Der Stundenplan für das Ferientraining Sommer ist an den Auskunftsstellen erhältlich.

Wir wünschen Euch schöne und erholsame Semesterferien!

Zürich, 11.02.1991 ma



Psychoanalyse, Therapie durch Psychologen mit Uniabschluss und Zusatzausbildung (Tiefenpsychologie + Gestalt). **Erste Stunde** zum Schnuppern (frei-bleibend). **Studententarif**. Praxis in **Baden** (20 Min. ab HB).
Tel. 056 / 22 94 13

Fahrschule Strebel AG
nur staatlich geprüfte Fahrlehrer
Telefon 01.860 36 86 / 261 58 58
Verlangen Sie Informationsunterlagen
ab **Fr. 56.-**
im Abonnement
strebel
Sämtliche Kategorien
Theoriekurse: audiovisuell
Treffpunkte: Zürich, Kloten, Bülach, Regensdorf

Mittwoch, 20. März 1991, 20.00 Uhr
im Limmatsaal, im Hotel Limmat (Zürich)
(Tram 4 oder 13 bis Haltestelle Kunstgewerbemuseum)

Offene Podiumsdiskussion der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten

Genug Frauen?!

Genug Frauen in den Strassen, in Politik, Kultur und Wirtschaft?!
Genug (Frei)Raum, Sitze und Plätze für Frauen?!
Gleichstellungsbeauftragte aus verschiedenen Kantonen berichten und diskutieren.

Mehr Professorinnen? Mehr pädagogische Fähigkeiten? Mehr Gegenwartsbezug?

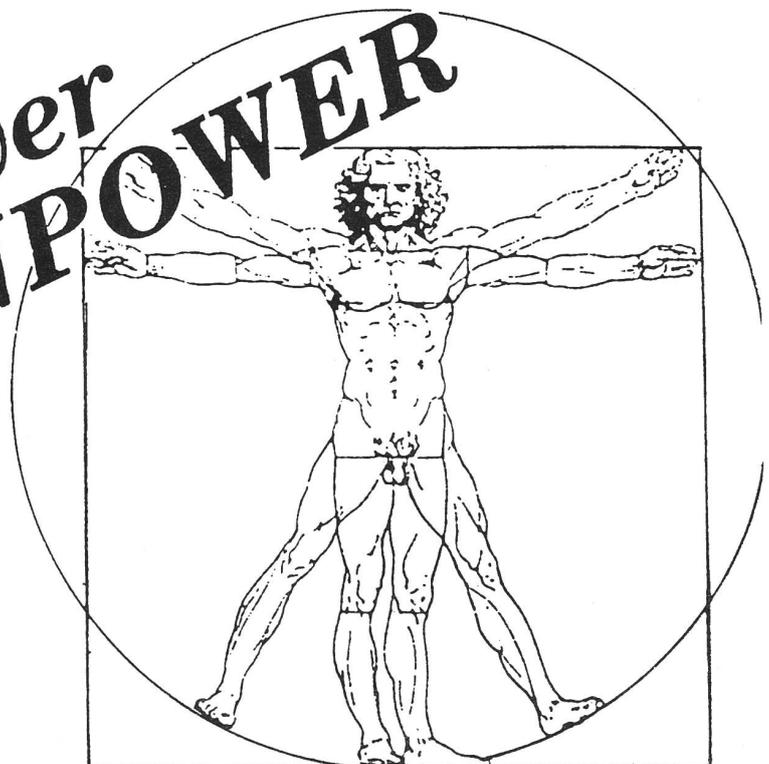
► Die Mitbestimmung bei Berufungen bringt einen Schritt in diese Richtung. Deshalb stimmen wir am 3. März Ja. Und setzen uns für weitere Schritte ein.

SP

Sozialdemokratische Partei

Hallwylstrasse 29, 8004 Zürich

Let's go
with power
to **MANPOWER**



Feststellen und Temporärjobs von Manpower an der **Löwenstrasse 56**,
Tel. 221 00 33

Neu: Unsere Informatikabteilung; Any Grieder freut sich, Dich kompetent zu beraten.

Auch die Schweiz führt Krieg im Schatten des Golfkrieges

Der Krieg im Golf schreckt uns auf. Trotz Zensur durch die kriegsführenden Mächte ist uns bewusst, dass es unzählige Opfer gibt, in erster Linie unter der Zivilbevölkerung, die nichts zur Kriegsentscheidung zu sagen hatte.

In der Schweiz war die Bestürzung über den Kriegsausbruch gross. Die offiziellen VertreterInnen boten ihre Guten Dienste an und versuchten noch in letzter Minute Friedensvorschläge zu unterbreiten.

Um so erschütternder ist für mich, dass dort, wo wir wirklich ermächtigt wären, Leid und Elend zu vermindern, nämlich in der alltäglichen schweizerischen Flüchtlingspolitik, alles weitergeht wie gehabt.

Am Donnerstag wurde der Kurde Y. Ongan in die Türkei zurückgeschafft, absolut kein Risiko, beteuerte das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF). Heute, einige

Tage später, wissen wir, dass er mindestens 20 Stunden im berühmten Gayrettepe, Folterzentrum und Hauptsitz der politischen Polizei, festgehalten worden war. Normale Routineüberprüfung, wird sich das BFF wieder erdreisten zu behaupten, obwohl eines Berichtes des amerikanischen Aussenministeriums zufolge die meisten Folterungen in der Türkei in den ersten 24 Stunden nach einer Festnahme erfolgen.

Das BFF sieht sich weder veranlasst, ein Ausschaffungsverbot für Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet zu beschliessen, noch Anweisungen zu geben, dass auf-

grund des neuen Krieges und auch der alten Kriege (z.B. im Libanon, in Sri Lanka etc.) flüchtende Personen eingelassen werden sollen.

Waffenausfuhr soll restriktiver gehandhabt werden, doch Menschen behandelt man wie die wertloseste Ware. Die Frage ist, aus welcher zwingenden Notwendigkeit heraus das BFF so handelt. Warum wird am Ausschaffungsdatum für die Obwaldner KurdInnen stur festgehalten, warum gibt es keine humanitären Aufenthaltsbewilligungen, auch wenn die Kantone sich bereit erklären, die betreffenden Menschen aufzunehmen. Warum, warum?

Der Krieg am Golf lässt uns, das Volk, unsere grosse Ohnmacht spüren. Er macht deutlich, dass auch die europäischen sogenannten demokratischen Regierungen anders handeln als ein grosser Teil der Bevölkerung es will, bzw. dass das Volk nicht demokratisch, sondern demagogisch informiert wird. Die Friedensdemonstrationen, die von der Regierung systematisch abgewertet worden sind, zeigen das klar. Demonstrationen verstummen

jedoch mit der Zeit. Dennoch sollten wir weitermachen. Das schweizerische Inland scheint mir selber dafür eine geeignete Ebene zu sein, wo konkrete Änderungen verwirklicht werden könnten, wenn viele sich persönlich darum kümmern. Andere Aktionen oder Ideen schliesse ich aber nicht aus.

Auf jeden Fall möchte ich Dich, Leserin, Leser, anfragen, ob Du mitmachst.

Die Frage nach den wirkungsvollsten Mitteln stellt sich:

– Die Obwaldner KurdInnen und SchweizerInnen haben eine Petition vorbereitet, die unterschrieben werden sollte (Bogen bei mir erhältlich).

– Als wirkungsvoll werden persönliche Briefe eingeschätzt an ParlamentarierInnen, Bundes- und kantonale BeamtInnen und RegierungsvertreterInnen.

– Koordination unserer Ideen, Aktionen würde ich sinnvoll finden.

Kontaktadresse: Monica Goerre, Klingenwinkel 4, 5412 Gebensdorf.

Aufruf zur Gründung einer Geschichtswerkstatt

Ein Forum für geschichtlich und politisch Interessierte

Geschichte wird immer wieder unkritisch instrumentalisiert. Unechte historische Argumentationen werden sowohl in der lokalen Tagespolitik als auch in der mythologisierenden 700-Jahr-Feier herangezogen. Diesem verklärenden Gebrauch der Geschichte wollen wir durch die **Gründung einer Geschichtswerkstatt** etwas entgegensetzen. Ein erster Schritt in diese Richtung war das Geschichtseminar in Salecina im Januar 1991.

Wir wollen kritische historische Arbeiten sammeln, koordinieren und archivieren. Darüber hinaus sollen verschiedene Projekte gestartet und durchgeführt werden. Die Geschichtswerkstatt ist ein Forum für politisch und geschichtlich Interessierte: HistorikerInnen, Kulturschaffende, AktivistInnen...

Einige Ideen für die Geschichtswerkstatt bestehen bereits:

- Veranstaltungen oder Podium, z.B. zum umstrittenen «linken Patriotismus»;
- «Fichenwerkstatt»: 50er Jahre, Kalter Krieg, Oral History auf Basis der Fichen (mit Ausstellungsprojekt);
- AG Geschichte und Politik, zur Funktionalisierung von Geschichte;
- Historisch-politischer Stadtrundgang im Sommer 1991;
- Lesegruppen, damit nicht noch mehr Bücher ungelesen im Gestell ausharren müssen;
- AG Asylpolitik;
- Infothek zu: Seminar- und Lizarbeiten, Forschungsthemen, Fachleuten...;
- Interviews mit ZeitzeugInnen, Videothek, Archiv;
- monatlicher Treff mit Diskussion und Gästen.

Einladung: Zur öffentlichen Diskussion des Projekts Geschichtswerkstatt treffen wir uns am **Dienstag, 19. März 1991, 20.00 Uhr im Café Boy** (Kochstrasse 2, 8004 Zürich).

Für weitere Informationen über das Projekt: Projektgruppe Geschichtswerkstatt, Waidstr. 25, 8037 Zürich (01/271 00 75).

Die Universität im Jahre 2000

UNI 2000

Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten

Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Hochschule, Politik und Wirtschaft

Wann: Mittwoch, 27. Februar 1991

13.10 Uhr bis ca. 15.10 Uhr

Ort: HS 180, Hauptgebäude Uni Zürich, Rämistr. 71

Referenten:

Fritz Haselbeck, Leiter Zentrum für Unternehmungsführung
 Horst Kempin, Leiter Management Development SBG
 Irène Meier, Kantonsrätin GP, Studentin phil. II
 Edwin Rühli, Prof. für BWL, Prorektor Uni ZH 1984–1990
 Roland Wiederkehr, Nationalrat LdU, Regierungsratskandidat

Gesprächsleitung:

Christoph Wehrli, Inland Redaktor NZZ

Organisator:

Pascal Puenzieux, Wirtschaftswissenschaftlicher Verband Universität Zürich

Gäste sind herzlich willkommen

zürcher student/in **ZS**

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH (VSETH) und des Verbandes Studierender an der Universität (VSU). Erscheint wöchentlich während des Semesters. Abonnementpreis für einen Jahrgang: Fr. 29.–
 Redaktion: Chandra Kurt, Andreas Gisler, Thomas Schärer, Caroline Hauger.
 Inserate: L. Roncoroni, Montag / Dienstag nachmittags. Bürozeiten: Mo–Mi 10.00–14.00h.
 Auflage: 12.000
 Redaktion und Inserate: Leonhardstrasse 15, 8001 Zürich, Tel. 01 26223 88, PC-Konto 80-26209-2.

Die Beiträge auf den mit «VSETH» oder «VSU» gekennzeichneten Seiten sind offizielle Verbandsäusserungen, sofern sie mit «VSETH» oder «VSU» gezeichnet sind. Die weiteren im «zürcher student/in» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herstellung: FOCUS Satzservice (Laserdruck), **Druck:** ropress, Zürich

Redaktions- und Inseratenschluss, Nr. 1: 15. 4. 91, **12.00 Uhr. Nr. 2:** 22. 4. 91, **12.00 Uhr.**



MATCH 501 CIGARETTES
9 mg GOUDRONS/TEER 0,9 mg NICOTINE

JUST GREAT

Die neue Computersprache.



Dass die Kurvendiskussion mit dem Macintosh entscheidend verkürzt werden kann, hat sich schon herumgesprochen. Und wie am Bildschirm schriftliche Arbeiten schneller von der Hand gehen, weiss inzwischen jeder Primarschüler. Logisch, dass man mit dem Macintosh auch Sprachen leichter lernt: Französisch, Englisch, Russisch, Griechisch oder Lateinisch. Selbst exotische Sprachen wie Arabisch oder Chinesisch, in Wort und Schrift. Weil der Macintosh so viele Möglichkeiten bietet, ist es einerseits überraschend wie unkompliziert er ist. Andererseits ist es erstaunlich, dass man für ihn eine Sprache überhaupt nicht braucht: das Fachchinesisch.

**COMPUTER-
LADEN**

Rötelstrasse 135
CH-8037 Zürich
Tel. 01/362 72 90
Fax 01/362 75 21



Apple Computer

Reform der Phil.-I-Fakultät an der Universität

Noch diese Woche stimmt die Fakultätsversammlung in einer Urabstimmung über eine Neuorganisation der Phil.-I-Fakultät der Universität ab. Im Moment ist aber sehr ungewiss, ob das neue Modell den Studierenden überhaupt viel bringt, weil noch gar nicht gewährleistet ist, dass sie in zentralen Gremien Einsitz haben werden.

Die Universität ist in drei verschiedene Ebenen gegliedert. Oberste Instanz innerhalb der Uni ist der Senat. Eine zweite Ebene bildet die Fakultät, deren höchstes Organ die Fakultätsversammlung ist. Die dritte Stufe ist diejenige der verschiedenen Seminarien und Institute.

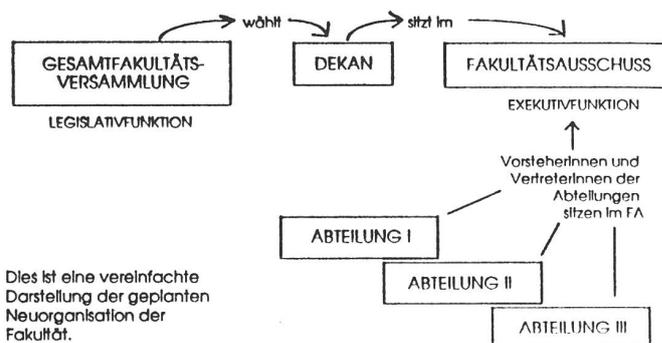
Die Fakultätsversammlung setzt sich aus allen ProfessorInnen und je drei VertreterInnen der PrivatdozentInnen, AssistentInnen und Studierenden zusammen. Vorsitzender ist der Dekan. Die Fakultätsversammlung ist für verschiedene Geschäfte wie Berufungen, Promotionen, Habilitationen und Rekurse, ferner für die innere Organisation und Struktur der Fakultät und die Verteilung der Gelder zuständig. Einzelne Geschäfte werden von Kommissionen vorbereitet. Berufungen, Promotionen und Habilitationen werden unter Ausschluss der Stände behandelt.

Ein Hauptgrund für eine Re-

form der Phil.-I-Fakultät liegt in deren Grösse. Zu viele Aufgaben stellten sich dem verantwortlichen Gremium, der Fakultätsversammlung, das Dekanat war ebenfalls sehr stark belastet. Deshalb plant die Fakultät im Moment eine innere Gliederung in Abteilungen, die einen Teil der Kompetenzen der Gesamtfakultät übernehmen würden.

Zur Zeit liegt ein Modell vor, das noch in diesen letzten Semesterferien der gesamten Fakultätsversammlung zur Urabstimmung vorgelegt wird (vgl. Skizze und untenstehende Erläuterungen). Erst wenn in dieser Urabstimmung die Reform als solche angenommen wird, sollen auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs die Details der Reform ausgehandelt werden.

Im neuen Modell, über das diese Woche eine Urabstimmung durchgeführt wird, würden die Seminarien der Fakultät in drei Abteilungen zusammengefasst



Dies ist eine vereinfachte Darstellung der geplanten Neuorganisation der Fakultät.

(die genaue Aufteilung ist noch unklar). Diese Abteilungen würden neu gewisse Kompetenzen übernehmen, die zuvor die Fakultätsversammlung innehatte. Als weitere neue Instanz soll es einen Fakultätsausschuss geben, in dem die VorsteherInnen der drei Abteilungen, einige weitere VertreterInnen der Abteilungen und der Dekan einsitzen würden. Dieses Gremium kann mit einer Exekutive verglichen werden. Die Gesamtfakultätsversammlung würde dann neu eine eher legislative Funktion ausüben. Die einzelnen Abteilungen würden ihre Strukturen selbst festlegen.

Die Studierenden stellen sich gegen das «Mitbestimmungskonzept», das im Reformmodell vorgeschlagen wurde. Die Vorstellungen des neuen Modells lassen sich beschreiben mit dem Motto «Mehr qualitative statt quantitative Mitbestimmung». Dies bedeutet, dass studentische Vertretung

nicht auf möglichst allen Ebenen in möglichst vielen Gremien (quantitative Mitbestimmung) anzustreben sei. Obschon in der Fakultätsversammlung von studentischer Seite wiederholt versucht wurde, die offenen Fragen zur Mitbestimmung möglichst vor der Urabstimmung zu klären, verschoben die ProfessorInnen der Fakultät diesen Diskussionspunkt auf die Zeit nach der Urabstimmung. Damit besteht die Gefahr, dass Studierende zwar Einsitz in den einzelnen Abteilungsgruppen, nicht aber im Fakultätsausschuss hätten. Weil dieser Fakultätsausschuss aber eine zentrale Funktion (exekutivähnliche Aufgabe) einnehmen wird, wäre damit den Studierenden in wichtigen Fragen jegliche Möglichkeit zur Einflussnahme verwehrt.

Anette Hirschberg
Sabine Lippuner
Martin Lengwiler

Dem tibetanischen Leiden ein Ende setzen

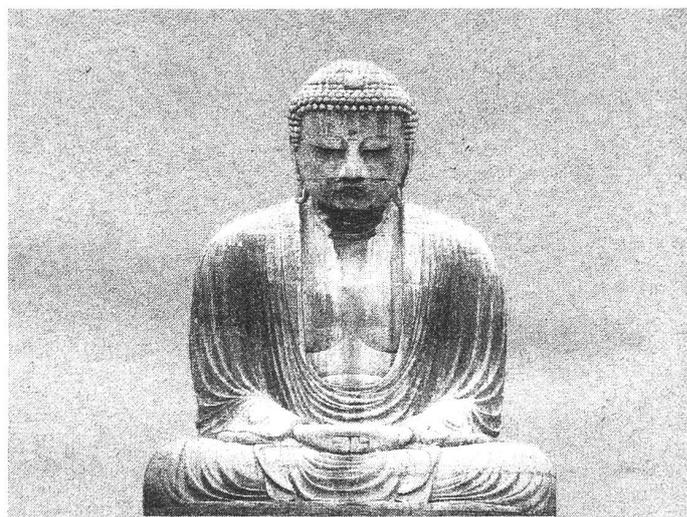
Ein Friedensbeitrag im Kanzlei

«Ich bin sehr erfreut darüber, dass die internationale Gemeinschaft der Freunde Tibets das Jahr 1991 weltweit als das 'Jahr der Solidarität mit Tibet' begehnen will. Obwohl ein Geist des Wandels und der Freiheit über die Erde weht, setzt China seine Unterdrückungspolitik gegen unser Volk und seine Kultur fort.» Die traurigen aber hoffnungsvollen Worte des Dalai Lamas, des weltlichen und geistlichen Oberhaupts der Tibeter, sind in der momentanen politischen Lage wohl nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Dritte Welt leidet, weil es sich die erste Welt einmal mehr leisten kann, die Augen zu verschliessen.

Nicht nur jetzt, wo die Welt gebannt die Lage am Golf verfolgt, zeichnet sich eine Verschiebung ab, die gekennzeichnet ist durch Vergessen und durch die kollektive Macht des Schweigens. Nach dem Zweiten Weltkrieg schon begann das Leiden des tibetischen Volkes mit der widerrechtlichen Annektion durch den Nachbar China, und das Leiden blieb unbeachtet. Die repressive und kolonialistische Präsenz Chinas hatte jahrzehntelang verheerende Folgen. Heute ist Tibet wirtschaftlich ausgeplündert, kulturell und religiös zerstört, Hunderttausende von Ti-

betern wurden ermordet, verschleppt, ins Exil getrieben. Aus der Ohnmacht erwachte langsam Widerstand, gewaltloser Widerstand, denn das friedliebende Volk lehnt Gewalt als Durchsetzung politischer Forderungen ab. Visionen der Freiheit und der Unabhängigkeit von China tun sich auf, die TibeterInnen wagen sich an die Öffentlichkeit, stellen Friedenspläne vor, wenden sich an die Weltpresse – und haben Erfolg. Die Welt weiss nun, was zu tun wäre.

Im März findet im Filmklub Xenix ein Festival zum Tibet statt, umrahmt von Veranstaltungen,



gen, die den Tibet und seine Kultur einem breiterem Publikum zugänglich machen sollen. Das Filmprogramm trägt sowohl dem Mythos Tibet wie auch dem düsteren Schicksal dieses Volkes

Rechnung, das trotz der Unterdrückung durch die Chinesen seine Offenheit und Fröhlichkeit nicht verloren hat.

hau

Detaillierte Informationen über diese interessante Veranstaltungsreihe und das Filmfestival sind erhältlich bei:

Filmclub Xenix
Kanzleistrasse 56
8004 Zürich
Tel. 242 73 10

The Office of Tibet
Waffenplatz 10
8002 Zürich
Tel. 201 33 36

Petition gegen die Gewalt in Litauen

Unmittelbar nach der sowjetischen Intervention in Litauen startete Victória Tóth eine Unterschriftensammlung für eine Petition mit folgendem Inhalt:

«Wir, StudentInnen und MitarbeiterInnen der Universität Zürich, möchten unserer Empörung und Besorgnis über die Gewaltaktion in Litauen Ausdruck geben. Wir lehnen es ab, poli-

tische Konflikte mit Gewaltanwendung zu lösen, sei es im Baltikum oder im Golf. Wir fordern Präsident Gorbatschow und die anderen Verantwortlichen auf, in Zukunft ausschliesslich politische Mittel bei der Lösung von Krisen anzuwenden.»

Im folgenden schildert Victória ihre Erfahrungen beim Unterschriftensammeln.

Mein Besuch auf der sowjetischen Botschaft in Bern

Zuerst möchte ich mich herzlichst bedanken bei all denen, die mir bei der Sammlung der Unterschriften geholfen haben. Am 28. Januar bin ich mit 1202 Unterschriften nach Bern zur sowjetischen Botschaft gefahren. Obwohl ich einen Termin mit der Botschaft abgemacht hatte, konnte sich die Frau Botschafterin leider keine Zeit nehmen. Ich bin dennoch vom Herrn Jakuschew, einem ihrer Mitarbeiter, sehr freundlich empfangen worden. Er konnte es nicht garantieren, dass wir eine Antwort bekommen. Er leite die Unterschriften auf jeden Fall weiter. Er war der Meinung, dass ich auch ein Begleitschreiben hätte verfassen sollen, weil es ihm nicht ganz klar sei, an wen das Schreiben adressiert werde und was der Zweck der Sache sei. Ich denke zwar, dass alles klar aus der Petition hervorgeht, habe jedoch das folgende Schreiben nach Bern geschickt:

Gegen die Militärische Intervention in den Baltischen Republiken

Herr Gorbatschew

Im Namen von 1202 Studierenden und MitarbeiterInnen der Universität Zürich, den MitunterzeichnerInnen des Protestschreibens, wende ich mich an Sie, Herr Gorbatschew.

Mit unseren Unterschriften möchten wir gegen die Wende Ihrer Politik und speziell gegen die militärische Intervention in den baltischen Republiken protestieren. In Anbetracht der Veränderung der Politik der UdSSR zugunsten konservativer und diktatorischer Kräfte, können wir unsere Enttäuschung nicht verbergen.

Für Ihren Regierungsstil sehen wir nur zwei Gründe:

Entweder haben Sie Ihren politischen Kurs bewusst geändert und Perestroika sowie Glasnost aufgegeben. Sollte dies der Fall sein, so können Sie nicht mehr auf die moralische und politische Unterstützung von grossen Teilen

der Bevölkerung im In- und Ausland hoffen und sollten um der Demokratie Willen zurücktreten.

Oder Sie können Ihre Perestroika gegenüber den konservativen Kräften nicht durchsetzen und sind wiederholt gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Sollte dies der Fall sein, so müssen Sie aufgrund der Tatsache, dass Sie Ihre Funktion als treibende Kraft des Demokratisierungsprozesses nicht mehr erfüllen können, die Konsequenzen ziehen.

Für die Leistung, die Sie bis zu Ihrer Kursänderung erbracht haben, können Sie sich der Wertschätzung von Millionen Menschen erfreuen.

Doch mit Ihrer neuen Politik verspielen Sie alle Sympathien.

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir mit der Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung in der UdSSR.

gez. Tóth Viktoria

Vom Herrn Jakuschew habe ich gleich eine vorläufige Antwort bekommen. Diese Erklärung hat Herr Gorbatschow an alle ausländischen Vertretungen abgeschickt, damit alle, die in irgendwelcher Form protestieren, damit verörtet werden können. Das Original ist auf französisch verfasst. Ich kann leider kein Französisch und so wollte ich ein deutschsprachiges Exemplar, aber es stand der Botschaft keines zur Verfügung. Die Übersetzung der Erklärung vom Herrn Gorbatschow wird in der ersten Nummer nach den Ferien veröffentlicht. Hier sollen die ersten Sätze als eine kleine Kostprobe stehen: «Die Krise, sowie die moralische und politische Spannung in der Gesellschaft und die Ereignisse, welche die Opfer zur Folge hatten, verlangen einen direkten und echten Dialog. Ein gewisser Teil der Gesellschaft zeigt einen Mangel an Verständnis und sogar einen Mangel an Willen, die Politik des Präsidenten zu verstehen.»

«Ich bin gegen die Militäraktionen in Litauen, aber für den Krieg am Golf.»

Während den zwei Wochen, als ich die Unterschriften gesammelt habe, ist mir immer klarer geworden, dass ich meine Erfahrungen im «zs» veröffentlichen möchte.

Die Reaktionen der StudentInnen waren sehr verschieden. Einige haben einfach genickt und unterschrieben, sogar mich ermuntert, eventuell sich bereit erklärt, selber einige Unterschriften zu sammeln. Die Frage, was ich mit den Unterschriften anfangen will und welche Organisation dahinter steckt, ist fast immer gekommen. Als ich gesagt habe, dass ich selber und folglich keine Organisation hinter dieser Sache stehe, waren die meisten leicht verblüfft und haben manchmal gefragt, ob ich selber aus Litauen und dadurch persönlich betroffen bin. Darauf konnte ich nur antworten, dass ich in Ungarn geboren und dort aufgewachsen bin und deswegen etwas mehr dafür sensibilisiert bin, wenn ein kleines Volk von der Armee des Sowjetimperiums überrollt wird. Während dessen konzentriert sich die Welt wie gebannt auf eine Krise und kümmert sich herzlich wenig um ein kleines Land, das unglücklicherweise keine Ölquellen besitzt und strategisch keine wichtige Rolle spielt.

Mit ein paar Menschen habe ich interessante Diskussionen geführt. Ich habe das sehr positiv gefunden, dass sie zu ihrer Meinung gestanden und sie sogar verteidigt haben.

Bemerkenswert für mich waren die Beweggründe, warum viele nicht unterschrieben haben:

1. Es nützt sowieso nichts.
2. Sie sind nicht genügend über die Lage in Litauen informiert(!!!).
3. Sie unterschreiben generell nichts.
4. Es gab einen einzigen schweizerischen Studenten, der Verständnis für die Militäraktionen in Litauen aufbringen konnte und deswegen seine Unterschrift verweigert hat. (Ein Russe hingegen hat sofort unterschrieben.)
5. Am häufigsten habe ich das Argument gehört, sie würden unterschreiben, wenn es im Text nur um Litauen gehen würde, aber

da auch die Golfkrise (damals, am 15. Januar, noch kein Krieg) erwähnt wird, können sie meine Petition nicht unterstützen. Sie seien nämlich für den Krieg am Golf und noch dazu würden sie keinen Zusammenhang zwischen dem Golfkonflikt und der Invasion in Litauen sehen. Auf mein Argument, dass es doch die gleiche Erde und die gleiche Methode sei, habe ich meistens keine nennenswerte Antwort bekommen.

Die Argumentation der Kriegsbefürworter war überraschend; ich habe keinen einzigen neuen Gedanken gehört, nur die Schlagzeilen und Slogans aus den Reden der Politiker. Deswegen zähle ich sie nur stichwortartig auf: neuer Hitler; mit einem Verrückten kann man doch nicht verhandeln; Gefahr der irakischen Atombombe; wo kämen wir denn hin, wenn man ein kleines Volk, ohne dafür bestraft zu werden, überrollen könnte? (Litauen, Vietnam, Afghanistan????).

Meine Gegenargumentation (Krieg sei keine Lösung; Gefahr einer Ölkatastrophe; Verhandlungsmöglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft; die Verknüpfung der Palästinenserfrage mit der Golfkrise sei weniger schlimm als ein Krieg) wurde in den seltensten Fällen akzeptiert.

Unter den Kriegsbefürwortern waren Jus- und Wirtschaftsstudenten stark überdurchschnittlich vertreten.

Meine Enttäuschung und Überraschung war deshalb so gross, weil ich nicht gedacht hätte, dass sogar StudentInnen so stark manipuliert werden können. Ich sehe das Ziel des Studiums vor allem darin, dass die StudentInnen zum selbständigen Denken erzogen werden.

Es ist vielleicht noch zu erwähnen, dass ich das Versprechen abgeben musste, die Namen keiner schweizerischen Behörde auszuliefern, wegen der Angst der Leute, fichtiert zu werden.

Ich denke, es ist nicht mit einer Antwort auf die Petition zu rechnen. Sollte dies doch der Fall sein, wird sie im «zs» veröffentlicht.

Tóth Viktória

Im Hinterhof des Golfkonfliktes

Wir alle wissen: Es herrscht Krieg in der Golfregion. Aber viel mehr dürfen wir darüber nicht erfahren. Die Zensur hat Hochkonjunktur. Die Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung sollen uns verborgen bleiben. Wir kennen dies bereits von der US-Invasion an Weihnachten 1989 in Panama. Auch damals wurden die Toten unter der Zivilbevölkerung nicht gezählt. Die nachträglichen Schätzungen führen von drei- viertausend an aufwärts. – Ja, die Toten wurden nicht gezählt, jedenfalls nicht die panamaischen. Auch heute dominieren die Kriegskosten die Diskussionen. Wie teuer ein Krieg zu stehen kommt, wird in Dollar, nicht in Menschenleben gerechnet. Zugegeben, es ist nicht ganz so: Die Toten in den Reihen der Alliierten, insbesondere der USA, spielen da doch noch eine gewisse Rolle. Sie wiegen tausendmal schwerer als ein irakisches Kind. Auch das ist uns aus der Vergangenheit bestens bekannt. Ob in Vietnam, Guatemala, El Salvador oder wo auch immer: Noch nie hat es die US-Regierung besonders gestört, wenn Menschen den Grossmacht-Interessen zu zehntausenden zum Opfer gefallen sind. So hat die Bush-Administration doch gerade kürzlich, nach Beginn des Golfkrieges, dem faschistischen, salvadorianischen Regime, das mit zu den allerübelsten, menschenverachtendsten der ganzen Welt gehört, wieder einmal eine Waffenlieferung zukommen lassen und weitere Unterstützung zugesagt. Zur Erinnerung: Es handelt sich dabei um den gleichen Bush, der behauptet, für die Freiheit zu kämpfen – und dies im Namen der ganzen Welt. Internationales «Recht» ist ja jetzt wieder «in», und die USA schlagen sich dafür. Doch wie war es vor ein paar Jahren, als die USA vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen ihrer Aggression gegen Nicaragua verurteilt worden waren? Da erklärten sie das Gericht für «nicht zuständig». – Der Umgang mit den UNO-Resolutionen zu Palästina dürfte ja bekannt sein!

Ich höre schon einige sagen: «Aber Hussein ist noch viel schlimmer...» oder «Die USA mussten eingreifen...». Ich glaube, eine Diskussion auf solchem Niveau macht keinen Sinn. Rufen wir uns doch mal in Erinnerung,



David Levinthal. *Untitled*, aus *Hitler Moves East: A Graphic Chronicle*

was die USA für wirksame Massnahmen gegen Hussein ergriffen haben, als er sein Giftgas (oder vielleicht eher das Giftgas des Westens) gegen die KurdInnen eingesetzt hatte. Euch fällt nichts ein? Mir auch nicht. Damals interessierte Husseins Terror nicht. Aber mit welchem Recht hätten denn die USA überhaupt diese Verbrechen verurteilen können, wo sie doch selber, so wie in Vietnam, in El Salvador mit Napalm-Bomben bombardieren liessen?

Interessant sind gerade auch in diesem Zusammenhang die Video-Luftaufnahmen der Bombardierungen durch die US-Piloten. War es doch bis anhin so, dass die Video-Spiele möglichst realitätsnah erscheinen sollten, damit die SpielerInnen möglichst das Gefühl hatten, inmitten eines Krieges zu stecken, so geschieht jetzt im Golfkrieg das pure Gegenteil. Der Krieg wird durch die Video-Aufnahmen realitätsfremd; er scheint nichts anderes als eines der Video-Games zu sein, die heute an jeder Ecke zu kaufen sind. Zudem wird just im letzten Moment, bevor die Bombe einschlägt, das Bild ausgeblendet. Es ist dies die absolute Verharmlosung des Krieges; der Krieg wird zum Spiel und damit erweitert sich der Spielraum. Sagte ein Vater eines US-Soldaten, der im Golf im Einsatz ist, er habe das Gefühl, sein Sohn diene der Unterhaltung der Fernsehzu-

schauerInnen, wie bei einem Spielfilm, so traf er den Nagel auf den Kopf.

Ein gerechter, ein Heiliger Krieg wäre dies, soll uns weisgemacht werden. Der US-Botschafter in der BRD meinte kürzlich, dass nicht wegen des Öls Krieg geführt würde, sondern aus Prinzipien. Welche hat er wohl damit gemeint? Wohl die Freiheit, die Gerechtigkeit, den Frieden oder wohl eher den Friedhofsrieden? Immer wieder geht mir jener Satz durch den Kopf, den ich kurz nach dem offenen Ausbruch des Golfkrieges gehört habe: «Wenn die Hauptexportprodukte Kuwaits Datteln und Feigen wären, so würde dieser Krieg nicht geführt.» Tatsächlich ist anzunehmen, dass die US-Prinzipien den Dattelpalmen und Feigenbäumen wohl kaum standgehalten hätten. Es wäre unter solchen Umständen wohl keine Aktion Wüstensturm «nötig» gewesen. Doch nun ist dem eben nicht so. Deshalb stehen wir heute, wo wir sind und schon immer waren: In einem Krieg des Norden gegen den Süden.

Solche «Grossereignisse» werfen auch immer ihren Schatten auf die «kleineren Schauplätze». Schon vor dem offenen Ausbruch des Golfkrieges verschwanden insbesondere die nicht in der Golfregion gelegenen Trikontstaaten fast vollkommen von der Bildfläche. Wenn sonst schon

kaum über das Geschehen in diesen Ländern berichtet wird, so jetzt noch weniger. So schafft es das Massaker der guatemalteki-schen Armee in der Ortschaft Santiago Atitlán, bei dem zahlreiche Menschen umgebracht wurden, noch knapp, in den Zeitungen erwähnt zu werden. Der Golfkrieg lenkt also auch ab – vom «Rest der Welt». Einmal mehr geraten die armen Länder in den Hintergrund. Es sind jene Länder, gegen die auf allen möglichen Ebenen schon lange Krieg geführt wird, sowohl militärischer, wie wirtschaftlicher und politischer Art.

Der Golfkrieg zieht sein Interesse auf sich, weil da ganze Truppenverbände unter dem Banner von «Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit» (welch ein Zynismus!) auffahren. Das lautlose Sterben an den strukturellen, weltweiten Ungerechtigkeiten dagegen, gilt als nicht mehr als unbequem. Wenn sich der Graben zwischen Nord und Süd vergrössert, insbesondere aufgrund der Zusammenarbeit der örtlichen Oberschichten, so wird nicht nach Gerechtigkeit gerufen. Es wird nach dem eigenen, wirtschaftlichen Nutzen gerechnet – also wie im Krieg. Die Menschenleben sind eine Kostenfrage. «Wenn die Leute in der Dritten Welt den gleichen Lebensstandard hätten, wie wir hier, so gäbe dies eine Umweltkatastrophe...» ist einer der Sätze, die immer wieder zu hören sind. Natürlich stimmt er inhaltlich. Doch welche Schlüsse werden daraus gezogen? Die USA als weltweit grösster Energieverschwender sind es gerade, die sich gegen jeglichen nennenswerten Fortschritt im Umweltschutzbereich sträuben. – Die Zeche haben einmal mehr die ärmsten Völker zu zahlen, denn ihnen wird das Recht auf Überleben abgesprochen.

So gesehen, kann der Golfkrieg nicht als isolierter Krieg betrachtet werden. Er ist ein Krieg voller Zynismus, Brutalität und Heuchelei. Dass Hussein vor der massenweisen Liquidierung von Menschen keinen Halt macht, ist bekannt, doch in bezug auf Bush hat sich diese Erkenntnis leider noch zuwenig durchgesetzt.

StudentInnen-PartnerInnen-
schaft Managua-Zürich-San
Salvador (StuPa)